

Landesinfo Baden-Württemberg



Stuttgart 21
LINKE unterstützt
die Proteste Seite 3

Demo 13. November
Sozialkahlschlag
stoppen! Seite 8

Bundestag
Kommunen brau-
chen gesicherte
Finanzen Seite 9

LINKE Kommunalpolitik
Von Mannheim bis
zum Bodensee Seite 11

Landtagswahl
Unser Programm
– Entwurf wird
vorge stellt Seite 17

LINKE Wahlkampf
Aus dem Landes-
wahlbüro Seite 20

Inhalt

■■■ S 21: Gregor Gysi: „Wir brauchen eine attraktivere Demokratie“	4
■■■ Landtagsumzingelung gegen Atompolitik	6
■■■ Demo am 13. November: Sozialkahltschlag stoppen!	8
■■■ Richard Pitterle: „Kommunen brauchen gesicherte Finanzen“	9
■■■ Heilbronn: Die Zukunft unserer Stadt	10
■■■ Region Neckar/Alb: Grüne für Stuttgart 21 und gegen Windkraft?	11
■■■ Mannheim: Ausweg Werkrealschule? Nein – im Gegenteil!	12
■■■ Die Seite von Linksjugend [solid]	14
■■■ Zur Landtagswahl	17

Das nächste Landesinfo erscheint im Dezember.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2010 ist der 8. Dezember 2010

Beilagenhinweis: „Kurswechsel“, Zeitung der Linken für Baden-Württemberg. „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Landesparteitag am 20. und 21. November in Stuttgart

Gewerkschaftshaus, Willi Bleicher Straße 20

Einlass am Samstag, 20.11. ab 9.15 Uhr. Beginn: 10.30 Uhr.

– Begrüßung und Konstituierung. – Redebeitrag Landesvorstand. – Gastbeitrag Parteivorstand. – Nominierung einer Spitzenkandidatin und eines Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011 – Vorstellung des Landtagswahlprogrammwerfurs für die Landtagswahl am 27. März 2011 – Beratung des Programmwerfurs – Beratung der Änderungsanträge – Verabschiedung des Landtagswahlprogramms – Beratung weiterer Anträge – Vorstellung des Wahlkampfkonzeptes – Schlusswort und Beendigung des Landesparteitages. Der Entwurf zum Landtagswahlprogramm ist abrufbar unter www.die-linke-bawue.de unter Landesparteitag. Landtag. **Hinweis der Antragskommission:** Änderungsanträge zum Leitantrag werden von der Antragskommission berücksichtigt, wenn sie bis 6. November im Landesbüro schriftlich eingehen. Weitere Hinweise der Antragskommission findet Ihr ebenfalls auf der Website des Landesverbandes. Parteitagsdelegierte, die eine **Übernachtung** benötigen, möchten sich bitte bei der Landesgeschäftsstelle melden.

Brief an die Mitglieder

Liebe Genossinnen und Genossen,
DIE LINKE in den Landtag von Baden-Württemberg! Die Chancen stehen gut, dass wir dieses Ziel am 27. März nächsten Jahres erreichen können. Nur DIE LINKE steht für einen Politikwechsel mit klar sozialem Kurs. Wir sind die einzige Partei, mit der Sozialabbau, Tarifflicht, Privatisierung, soziale Auslese in der Bildung und „Stuttgart 21“-Politik nicht zu machen ist. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften brauchen eine Stimme im Landtag. Wir haben einen Landtagswahl-Programmwerfurf vorliegen, der die zentralen Aufgaben linker Landespolitik vorstellt. Wir bereiten einen Landesparteitag mit 210 Delegierten vor, bei dem das Programm verabschiedet und ein Spitzenduo nominiert werden soll. Und wir haben einen stabilen Landesverband mit 35 Kreisverbänden, in denen der Wahlkampf gerade vorbereitet wird.

Unterschriften sammeln – Jetzt!

Wir treten flächendeckend an. Derzeit werden die letzten der 70 Wahlkreiskandidatinnen und Kandidaten gewählt. In den Wahlkreisen hat die Sammlung der Unterschriften begonnen. Das ist viel Arbeit. Wir bitten deshalb alle Mitglieder, diese Unterschriftensammlungen zu unterstützen. Holt Euch bei den Kreisvorständen die Listen. Sammeln kann man im Bekanntenkreis genauso wie an Infotischen oder bei Veranstaltungen. Mindestens 150 gültige, auf Formblättern beglaubigte Unterschriften sind pro Wahlkreis nötig. Spätestens bis Mitte Dezember wollen wir alle Unterlagen vollständig bei den Kreiswahlleitern abgeben können.

Wahlkampfteams bilden !

Diese Unterschriftensammlung ist für uns der Auftakt oder so etwas wie die Generalprobe zum Wahlkampf. Plakative, Personenfolder, Themenflugblätter, Wahlprogramme, Zeitungen und

Programme werden auf Landesebene erarbeitet und stehen in der heißen Wahlkampfphase zur Verfügung. Aber geplant und durchgeführt werden muss der Wahlkampf in den Kreisen. Unsere 70 Kandidatinnen und Kandidaten stehen dabei im Mittelpunkt. Sie brauchen Unterstützerteams, Verantwortliche und Helferinnen, um das zu schultern. Wir haben nicht den Apparat der im Landtag vertretenen Parteien. Aber wir haben viele Mitglieder und Sympathisanten, die bereit sind, den Wahlkampf nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Oft hilft schon die Bereitschaft, eine Garage zur Verfügung zu stellen oder in einem Wohnviertel die Wahlinfos zu stecken. Ein Beispiel: wenn zehn Leute pro Wahlkreis an zehn Tagen je 200 Wahlzeitungen stecken, ergibt das 20 000. In 70 Wahlkreisen ergäbe das 1,4 Millionen Zeitungen.

Sozialproteste unterstützen

Am 13. November rufen die Gewerkschaften zu einer zentralen Demonstration in Stuttgart auf. Das Motto heißt: „Gerecht geht anders – gemeinsam gegen Sozialabbau“. Unser Landesverband beteiligt sich an der Mobilisierung mit einem eigenen Aufruf. In vielen Städten sind wir auch bei den „Schwabenstreichen“ gegen „Stuttgart 21“ oder antimilitaristischen Aktivitäten dabei. Gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten sind ebenfalls viele Mitglieder aktiv. All diese Proteste richten sich gegen Mappus und Schwarz/Gelb. Dieser Druck von Unten ist nötig. Für uns LINKE gehört demokratische Protestkultur und Wahlkampf eng zusammen. Je engagierter wir arbeiten, desto stärker DIE LINKE. Und je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Für den Landesvorstand: Christoph Cornides, Dorothee Diehm, Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit.



Klaus Ernst bei der Kundgebung am 10. Juli im Stuttgarter Schlosspark

Klaus Ernst: Bahnchef darf Suche nach Kompromiss nicht blockieren

Bürgerbahn statt Börsenbahn

Der Vorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst, stellte nach dem strikten Nein von Bahnchef Grube zu einem Baustopp bei „Stuttgart 21“ die Bahnprivatisierung in Frage. Es brauche wieder mehr politische Kontrolle und weniger Managerarroganz. Ein Bahnchef, der jeden Kompromiss blockiere, sei eine Fehlbesetzung. Ernst erklärte:

Grubes Nein zu einem Baustopp ist ein Fanal. Es ist unerträglich, dass sich ein Mann ohne jede demokratische Legitimation aufspielt wie ein Despot. Nach diesen Vorgängen muss die Bahnprivatisierung als Ganzes auf den Prüfstand. Wir brauchen mehr politische Kontrolle und weniger Managerarroganz. Unser Problem sind nicht unkontrollierbare Proteste, sondern ein unkontrollierbares Staatsunternehmen. Wenn der Bahnchef jeden Kompromiss blockiert, dann ist er eine Fehlbesetzung. Das ist mehr als eine Personalfrage. Es geht auch um die Strukturen. Der Bund muss seine Eigentümerrolle endlich wieder mit politischen Vorgaben ausfüllen. Der Börsengang muss endgültig abgesagt werden. Die Bahn muss unter öffentliche Kontrolle. Die Strukturen müssen demokratisiert werden. Wir wollen eine Bürgerbahn. 12. Oktober 2010

Bürgerbeteiligung in der Planungsphase des Stuttgarter Bahnhofsumbaus war eine Farce

Ein Gespräch mit Heike Hänsel

Interview: Claudia Wangerin in „Junge Welt“, 11.10.2010

Heike Hänsel ist entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke und nahm an zahlreichen Protestaktionen gegen den Bahnhofsumbau in Stuttgart teil

Am Samstag fand mit 150000 Teilnehmern die bisher größte Demonstration gegen „Stuttgart 21“ statt. Kurz vorher sah es noch so aus, als hätte das Protestbündnis Schwierigkeiten, mit einer Stimme zu sprechen. Sind die Kommunikationsprobleme nun beseitigt oder wurden sie in den Medien ohnehin aufgebauscht?

Es gibt eine gemeinsame Position, die auf der Kundgebung am Samstag unmissverständlich kommuniziert wurde: Bevor es keinen vollständigen Baustopp gibt, wird es keine Gespräche geben. Dieser Baustopp muss auch das Grundwassermanagement umfassen.

Die Befürworter von Stuttgart 21 sagen sinngemäß, der Protest komme zu spät, es habe in der Planungsphase durchaus eine Bürgerbeteiligung gegeben. Sie selbst haben 1997 an Gesprächen teilgenommen. Wie lief das aus Ihrer Sicht ab?

Die Stadt Stuttgart hatte zu einer sogenannten Bürgerbeteiligung eingeladen. Es kamen sowohl einzelne Bürger als auch Vertreter von Gruppen und Initiativen. Es wurde aber von vornherein festgelegt, dass man sich nur beteiligen kann, wenn man die Tieferlegung des Bahnhofs unterstützt. Alternativen waren gar kein Gegenstand der Diskussion. Es ging nur um die Ausgestaltung der neu zu bebauenden Fläche. Nur in diesem Punkt war eine Beteiligung erwünscht. Viele haben damals schon protestiert, was aber vollständig ignoriert wurde. Selbst die Beiträge zur Ausgestaltung sind in den Papierkorb gewandert.

Was waren das für Beiträge?

Es gab Konzepte, dort Anlaufstellen der Jugendarbeit einzurichten; außerdem ging es um den Erhalt der Mineralwasserquellen sowie andere soziale und ökologische Aspekte. Jetzt, wo die Landesregierung Sympathiepunkte verloren hat, bietet Ministerpräsident Mappus an, man könne ja ein bisschen mitgestalten – was aber damals schon stattgefunden hat und einfach niedergebügelt wurde. Das ist eine doppelte Mogelpackung. Außerdem gab es seit Ende der 90er Jahre über 12000 Einwendungen gegen „Stuttgart21“. Die Menschen haben auf allen Ebenen versucht, dieses Projekt zu verhindern.

Das Hauptargument der Befürwor-

ter ist, dass die Gegner mit ihren Einwendungen allesamt gescheitert sind. Liegt das Problem Ihrer Meinung nach bei den Gerichten?

Einige dieser Verfahren müssen womöglich neu aufgerollt werden. Viele Einwendungen beruhten auf der Sorge um die Mineralwasserquellen; es sind die zweitgrößten Vorkommen in ganz Europa – und es hieß immer, die Technologie des Grundwassermanagements sei ausgereift. Nun sind aber neue Studien aufgetaucht, die das Gegenteil aussagen. Die Kostenvoranschläge waren auch zu niedrig. Deshalb ist das Projekt nicht demokratisch legitimiert. Die Projektplaner haben sich die Zustimmung der Parlamente erschlichen.

Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die Berichterstattung der Medien seit Beginn der Planungen?

Die Medien fangen jetzt an zu reagieren, was seit Jahren überfällig ist. Bis vor kurzem sind die öffentlich-rechtlichen Medien ihrer Kontrollfunktion



nicht nachgekommen. Jetzt kommen plötzlich viele Planungsfehler ans Licht: dass die Kosten heruntergerechnet und geologische Fakten vernachlässigt wurden. Bei so einem riesigen Infrastrukturprojekt hätten die Medien von Anfang an genauer hinschauen müssen. Stattdessen mussten die Gegner von Stuttgart 21 selbst recherchieren. Alles ehrenamtlich.

Sehen Sie eine reelle Chance, dass „Stuttgart 21“ verhindert wird?

Ja, denn die Leute sind sehr entschlossen. Gerade jetzt, nach dem brutalen Polizeieinsatz vom vorletzten Donnerstag. Am Samstag war der Schlosspark so voll wie noch nie. Es war ein stundenlanges Demonstrationszug und bisher mit Abstand der größte. Es liegt auch nicht daran, dass die Gegner das Projekt nicht verstehen – sie protestieren gerade, weil sie es verstehen. Diesem Projekt fehlt die soziale und ökologische Ausrichtung. Das Geld wird der Bahn in der Fläche fehlen und den Menschen in der Region viele Nachteile bringen. Großprojekte, die von der Bevölkerung bezahlt werden, müssen aber deren Lebensqualität erhöhen, sonst sind sie nichts wert.



Roland Hamm: Faire Verhandlungen nur mit echtem Baustopp

Kultusministerin bedroht Demokratie – Disziplinarrechtliche Maßnahmen einstellen

Schick ist in Baden-Württemberg untragbar, kommentiert Roland Hamm die Drohung der Kultusministerin, disziplinarrechtliche Maßnahmen gegen Lehrer einzuleiten, die ihren Schülern Proteste gegen Stuttgart 21 ermöglicht haben. Der Landtagskandidat und Politische Sprecher der LINKEN Baden-Württemberg in Sachen Stuttgart 21 weiter:

Wo leben wir eigentlich, dass eine deutsche Landesregierung Lehrer und Schüler für ihr demokratisches Engagement bestraft? Der Landesregierung täte nach ihrem gewaltsamen Polizeieinsatz gegen die Stuttgarter Bevölkerung Demut gut.

DIE LINKE Baden-Württemberg fordert die sofortige Einstellung disziplinarrechtlicher Maßnahmen sowie eine öffentliche Entschuldigung der Kultusministerin. DIE LINKE steht fest an der Seite der Demokraten. Wir sind stolz auf das friedliche Engagement unserer Kinder für das Wohl Baden-Württembergs.

„Wir begrüßen, dass Dr. Geissler die Vermittlungsgespräche zu Stuttgart 21 auf Basis eines echten Baustopps führen will“, so Roland Hamm. Umso unverständlicher ist es, dass Ministerpräsident Mappus und Justizminister Goll von der FDP den eigenen Schlichter zurückpfeifen und demonstrieren, indem sie den echten Baustopp ablehnen.

„Dr. Geissler kann man nur zustimmen: Faire Gespräche kann es nur geben, wenn nicht gleichzeitig weitergebaut wird. Dies schließt nicht nur den Erhalt des Südflügels, den Stopp der Baumfällarbeiten und des Grundwassermanagements ein. Vielmehr darf es darüber hinaus auch keine weiteren Auftragsvergaben geben“, so Roland Hamm. Dr. Geissler hatte bekräftigt, dass während der Verhandlungen keine weiteren, nicht mehr rückholbaren Fakten geschaffen werden dürfen.

„Ich fordere auch Bündnis 90/Die Grünen auf, Dr. Geissler in dieser konsequenten Haltung zu unterstützen.“

Gregor Gysi am 6. Oktober 2010 im Deutschen Bundestag:

„Wir brauchen eine attraktivere Demokratie“

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch in Berlin interessiert man sich für Stuttgart. Man interessiert sich aber vor allen Dingen für dieses Land. Ich glaube, Sie haben überhaupt nicht begriffen, dass wir es mit einem neuen Zeitgeist zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen beschreiben, woran das liegt und woran man das messen kann. Sie stellen sich hier hin und sagen: Alle Genehmigungen für Stuttgart 21 sind erteilt. Alle Verträge sind geschlossen. Es lässt sich juristisch nichts mehr machen. – Wenn man das früher unserer deutschen Bevölkerung gesagt hätte, wäre sie zu Hause geblieben. Da hätte ich stundenlang zu einer Protestdemo aufrufen können; es wären vielleicht hundert Leute gekommen. Diesmal interessiert die Bevölkerung nicht, was Sie sagen. Warum nicht? Was hat sich verändert? Weshalb werden es von Demo zu Demo mehr Menschen, obwohl Sie versuchen, das mit diesen Argumenten zu verhindern? Der Grund ist: Der Zeitgeist hat sich verändert. Sie haben recht: Es gibt eine neue Distanz zwischen der Regierung und den Regierten. Das spüren alle. Das liegt mitunter auch an dieser Bundesregierung; denn Sie stimmen die gesamte Politik in Bezug auf die Banken mit der Bankenlobby ab,

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie stimmen die gesamte Gesundheitspolitik mit den privaten Krankenkassenversicherungen ab, Sie stimmen die gesamte Energiepolitik mit der Energielobby ab. Aber einen Friseurmeister, einen

Hartz-IV-Empfänger oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allgemein fragen Sie nie, welche Entscheidungen Sie in Bezug auf sie treffen sollen. Das merken die Leute. Deswegen entsteht ein neuer Zeitgeist, so etwas wie ein rebellischer Geist.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ganze Projekt ist nicht zu erklären. Eine Strecke nach Ulm kann man bauen, eine Anbindung an den Flughafen kann man bauen. Deswegen braucht man keinen wahrscheinlich 10 Milliarden Euro kostenden unterirdischen Bahnhof. Das ist einfach Wahnsinn, was Sie vorhaben.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU): Auch so ein Schwachsinn!)

Damit komme ich zu meinem nächsten Argument. Sie sagen der Hartz-IV-Empfängerin, Sie hätten kein Geld mehr, es gebe nicht mehr als 5 Euro. Sie sagen ihr, dass das Elterngeld gestrichen werden muss. Auf der einen Seite beschließen sie in großem Umfang Sozialkürzungen, und auf der anderen Seite sagen Sie: Natürlich haben wir 10 Milliarden für einen unterirdischen Bahnhof. – Das verstehen die Leute einfach nicht mehr. Ich glaube, das ist auch nachvollziehbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Demonstrationen erlebt. Sie waren friedlich. Es gab ein gutes Einvernehmen zwischen den Demonstrantinnen und Demonstranten und der Polizei; aber plötzlich kommt diese völlig unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizei. Ich sage Ihnen: Dafür gibt es politisch Verantwortliche. Wenn Sie nicht dafür sorgen, dass da aufgeräumt wird und die Verantwortlichen dafür verantwortlich gemacht werden, dann zerstören Sie das Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung, und zwar nicht nur in Stuttgart.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich sage Ihnen noch etwas: Viele der Demonstrantinnen und Demonstranten haben die CDU gewählt. Sie leisten gerade den größten Beitrag dazu, dass sie es nie wieder tun werden.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das soll doch nicht deine Sorge sein!)

Das ist das Einzige, was ich daran begrüße.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt haben wir eine neue Situation. Die Bundeskanzlerin hat sich dieses

DIE LINKE unterstützt die Proteste gegen Stuttgart 21 aktiv und setzt sich auch auf parlamentarischer Ebene für einen sofortigen Stopp von Stuttgart 21 ein. Dazu hat die Fraktion DIE LINKE am 17. September einen Antrag, der einen sofortigen Baustopp für Stuttgart 21 fordert, in den Bundestag eingebracht (Antrag 17/2914). Bei der Rede der verkehrspolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sabine Leidig am 17. September, trugen Mitglieder der Fraktion T-Shirts gegen Stuttgart 21. Darunter waren die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel, Annette Groth und Michael Schlecht, die gemeinsam mit FraktionskollegInnen deshalb für zwei Sitzungstage aus dem Plenum ausgeschlossen wurden.

Themas angenommen. Manchmal ist es eben auch falsch, wenn man sich eines Themas annimmt.

(Ute Vogt (SPD): Bei ihr immer!)

Sie hat hier erklärt, die Landtagswahl sei der Volksentscheid über Stuttgart 21 – mal abgesehen davon, dass eine Landtagswahl kein Volksentscheid ist; das möchte ich jetzt aber gar nicht erklären.

(Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU): In der Bundesrepublik wählt das Volk! Sie sind noch nicht in dem Zeitalter!)

– Warten Sie doch einmal! – Wenn es denn ein Volksentscheid sein soll, dann müssen Sie ein Minimum an Logik aufbringen. Ein Volksentscheid macht doch nur Sinn, wenn Sie einen sofortigen Baustopp verhängen. Dann ist noch etwas zu entscheiden. Wenn Sie einfach weiterbauen und sagen, dass im März entschieden werden soll, veralbern Sie das Volk. Das geht doch nicht zusammen.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder (CDU/CSU): Sie müssen einmal Zeitung lesen!)

- Ich weiß, dass ein halbes Gebäude stehen bleiben soll. Aber ein Baustopp ist ein Baustopp. Ich kann dann nicht da weiterbauen und da weiterbauen und nur an diesem Stück nicht mehr weiterbauen. Sie schaffen Tatsachen, und wenn Sie neue Tatsachen geschaffen haben, ist darüber nicht mehr zu entscheiden. Das merken die Demonstrantinnen und Demonstranten, und das merkt auch die übrige Bevölkerung.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder (CDU/CSU): Wir wollen doch gar keinen Volksentscheid, Herr Gysi! Regen Sie sich doch nicht so auf! – Dr. Andreas Schockenhoff (CDU/CSU):



Diskussionsrunde vor dem Ulmer Stadthaus am 9.10.10 zum Thema Stuttgart 21. Vertreter aller im Ulmer Gemeinderat befindlichen Parteien gaben Statements ab und beantworteten Fragen der Passantinnen und Passanten. Nur Die Linke in Person Uwe Peikers (im Bild rechts) und Die Grünen lehnen in Ulm das Milliardenprojekt ab. Die vier anderen Parteien CDU, FDP, FWG, SPD stimmen zu!

Wir leben in einem Verfassungsstaat! – Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU): Der Mann weiß gar nicht, wovon er redet!

Deshalb sage ich Ihnen: Sie gefährden damit die Demokratie. Heiner Geißler als Vermittler einzusetzen – der ist in Ordnung -, ist keine schlechte Idee, aber nicht, wenn Sie weiterbauen. Er kann doch nur vermitteln, wenn Sie einen Baustopp einlegen. Nur dann kann vermittelt werden und eine gemeinsame Lösung gefunden werden.

(Beifall bei der LINKEN, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, Sie haben eines nicht gemerkt: Die Bevölkerung wird täglich unzufriedener. Ich sage gar nicht, dass sie dadurch so wird, wie ich sie mir vorstelle, oder so, wie Sie sie sich vorstellen. Nein, es ist viel schlimmer. Es könnten unbeherrschbare Prozesse in Erscheinung treten.

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Die wünschen Sie sich doch herbei!)

- Meinen Sie?

(Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU): Ja!)

- Sie haben keine Ahnung von mir. Sie quatschen nur dummes Zeug, wenn ich Ihnen das einmal ganz deutlich sagen darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht um etwas ganz anderes. Ich sage Ihnen: Die Zeit ist reif; wir müssen etwas ändern. Es geht nicht mehr an, dass Sie sich einmal, bei der Bundestagswahl, wählen lassen und die Bevölkerung dann vier Jahre lang nicht befragen. Die Zeit ist reif für Volksentscheide. Geben Sie sich einen Ruck. Wir brauchen eine attraktivere Demokratie. Genau dafür streiten wir.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)



Es gibt nichts Schabigeres, als gegen Kinder, Jugendliche und ältere Menschen mit solcher Gewalt vorzugehen. Das wird an den Herren Mappus, Rech und Schuster kleben bleiben. Man kann und darf zu S 21 gegensätzlicher Meinung sein, aber mit dieser Gewalt-Organie haben sie sich vollends disqualifiziert. Fordern wir ihren Rücktritt und einen sofortigen Volksentscheid über Stuttgart 21! Dieser gewalttätige Angriff auf friedliche Demonstranten ist eine Aufforderung für jeden Gewerkschafter, unsere demokratischen Rechte zu verteidigen. Und sich spätestens jetzt dem Kampf gegen das Milliardengrab S21 anzuschließen!

Thomas Adler, GewerkschafterInnen gegen Stuttgart 21



Aktivisten hatten zur Landtagsumzingelung ein Modell eines Atomkraftwerks gebastelt. Auch Details wie ein Atommülllager fehlten nicht. Das Modell konnte von interessierten DemonstrantInnen abgeschaltet werden. Herr Mappus, so einfach geht die Sache mit dem Abschalten! (Tanja Eble)

Abschalten statt verlängern! Landtagsumzingelung gegen Atompolitik

Am Mittwoch, den 6.10.2010 umzingelten mehr als 7000 Menschen den Landtag in Stuttgart. Sie forderten mit dieser eindrucksvollen Aktion die Abschaltung der Atomkraftwerke und eine Politik der Energiewende.

Auf der vorangegangenen Kundgebung fand Franz Wagner vom Aktionsbündnis Energiewende Heilbronn klare Worte an die verantwortlichen Regierenden: „Falsche Zahlen ergeben kein Energiekonzept, mit falschen Jahreszahlen betrügt Ihr die Menschen, statt erneuerbare Energien interessieren euch nur die eigenen Profite. Aber nun müsst Ihr mit uns rechnen. Es gibt nur eine richtige Lösung: AKWs abschalten, sofort!“

Als „Politik für die Energiekonzerne und gegen den Willen der großen Mehrheit der Baden-Württemberger“ beschrieb die DGB-Landesvorsitzende Nikolaus Landgraf die Laufzeitverlängerungen. Er machte klar: „Die Zukunft Baden-Württembergs liegt in den erneuerbaren Energien, in einer Steigerung der Energieeffizienz und in Energieeinsparung – und nicht in der Wiederbelebung der Atomenergie.“

Die BUND-Landesvorsitzende Dr. Brigitte Dahlbender beendete die Kundgebung mit den Worten: „Wenn Abge-

ordnete und Regierungen uns Bürger ignorieren, dann kommen wir eben zur Politik“. Kurz darauf war der Landtag auch schon umzingelt. Hunderte gelbe Luftballons stiegen zum Abschluss in den Himmel.

DIE LINKE Stuttgart hat von Anfang an die Proteste gegen Atomenergie und Laufzeitverlängerungen unterstützt. Sie war an allen bisherigen Aktionen beteiligt. An der Seite zahlreicher Mitglieder nahmen auch Ulrich Maurer MdB, Regionalräte und Mitglieder des Kreisvorstands an der Umzingelung des Landtages teil.

Erneuerbare Energien statt Atomphantasien!

DIE LINKE fordert die unverzügliche und endgültige Stilllegung aller Atomanlagen, ein Verbot für den Bau neuer Kohlekraftwerke und den consequenten Ausbau erneuerbarer Energien. Die Stromnetze gehören in öffentliche Hand, um sie unter demokratischer Kontrolle für eine erneuerbare Vollversorgung aus- und umzubauen. Die Energiekonzerne müssen zugunsten starker, demokratisierter Stadtwerke in öffentlicher Hand entmachtet werden. Nur so gewinnen die Bürgerinnen und Bürger ihre demokratische Gestaltungsmacht wieder.

Armut per Gesetz – Jetzt mit Hartz V

Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt
Fraktion DIE LINKE – Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE – 27. September 2010

Merkel und Westerwelle wollen den Erwerbslosen gerade einmal fünf Euro mehr zugestehen. Für die zwei Millionen Kinder, die in „Hartz-IV-Haushalten“ leben, gibt es keine Erhöhung. Sie werden mit ein paar Sachleistungen abgespeist.

Der Kommentar von Merkel „Wir sind hier einen sehr, sehr großen Schritt gegangen.“ In die weitere Spaltung der Gesellschaft! Eine Erhöhung von fünf Euro entspräche dem Bedarf, so Sozialministerin von der Leyen. Dies habe das Statistische Bundesamt festgestellt. In den Ohren der Betroffenen ist das blanker Hohn.

Sozialverbände und Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Erhöhung auf 420 Euro. DIE LINKE hat sich mit ihrer Forderung von 500 Euro vom Expertenwissen der Erwerbslosenverbände leiten lassen. Aber diese Sachverständigen sind für die Regierung keine Gesprächspartner. Es wird einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden. Geht es um Banken und Atomkraftwerke, lässt sich die Regierung bisweilen von den Lobbyisten sogar die Gesetzestexte schreiben. Und es wird mit den Herren verhandelt, wie sie es denn gerne hätten. „Noch ein paar Milliarden mehr?“

Das Arbeitslosengeld II soll kümmerlich bleiben, damit „ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ bestehe, so betont es von der Leyen. Mit den Sanktionen von Hartz IV werden Erwerbslose gezwungen jede noch so unzumutbare Arbeit anzunehmen. Minijobs von denen frau nicht leben kann, Hungerlöhne von zwei, drei oder vier Euro. Rund 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten für Hunger- und Niedriglöhne. Damit dies so bleibt gibt es eben nur fünf Euro mehr.

Und zudem sollen die Sanktionen deutlich verschärft werden. Bei den noch Beschäftigten wird dies Disziplinierung verschärfen. Und damit eine weitere Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Alle wissen: „Wenn ich meinen Job verliere, droht mir nach kurzer Zeit der Absturz in die Armut.“ Demnächst ohne gleitenden Übergang.

Westerwelle bekräftigt, dass die Regierung „die Interessen der Steuerzahler nicht vergessen“ dürfe. Jedoch werden unter dem Titel „Arbeitslosengeld II“ mehr als zehn Milliarden Euro Steuer-gelder an Unternehmer verteilt, die zu geizig sind, die Beschäftigten anständig zu bezahlen. 1,3 Millionen Menschen – die sogenannten Aufstocker – verdienen so wenig, dass sie einen Anspruch auf

Hartz IV haben. Diese zehn Milliarden Subventionen sind vermeidbar mit dem gesetzlichen Mindestlohn und viel mehr Vollzeitjobs. Insbesondere die krakenhafte Ausweitung der Minijobs muss beendet werden. Gäbe es den gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro und „Gute Arbeit“, so könnte so viel Geld eingespart werden, dass ein Regelsatz von 500 Euro finanzierbar wäre.

Westerwelles Eintreten für „die Steuerzahler“ ist verlogen. Für Hoteliers haben sie mal eben eine Milliarde der Steuerzahler verpulvert. Und: Wo war die FDP wenn es um hunderte Milliarden für die Banker und Finanzzocker ging? Wo war Westerwelle bei dem letzten „Rettungsakt“ von 40 Milliarden für die HRE? Vermutlich im Bett, denn die Milliarden wurden mal wieder über Nacht rübergeschoben.

Leiharbeit ist moderne Sklaverei

Jutta Krellmann (MdB, DIE LINKE)

„Wer Leiharbeit als Jobmotor preist, preist den rechtlosen Arbeitsknecht“, so Jutta Krellmann, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Arbeit und Mitbestimmung, zum Kongress „Jobmotor Zeitarbeit sichern“ des Arbeitgeberverbands BDA. „Statt guter Bezahlung und Festanstellung, sind Neueinstellungen heutzutage zu großen Teilen befristet, in Leiharbeit und natürlich deutlich schlechter bezahlt als früher. Diesen systematischen Umbau des Arbeitsmarktes

lehnt DIE LINKE ab.“ Krellmann weiter: „Die Arbeitgeberverbände wollen den ‚flexiblen Beschäftigten‘, der wenig kostet, viel arbeitet, leicht gefeuert werden kann und nicht älter als 35 ist. Dass die Politik sich vor diesen Karren spannen lässt, ist verwerflich. Lohndumping-Arbeitsverhältnisse sind nicht zukunftsfähig. Sie belasten unsere Renten- und Arbeitslosenversicherung und schaden den Menschen.“

DIE LINKE ist die einzige Partei, die die Lohndumping-Leiharbeit von Anfang an konsequent bekämpft hat. Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro und die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Leiharbeitsbranche.“

Gesine Löttsch zur Integrationsdebatte

Als das Buch von Thilo Sarrazin erschien haben Viele zu Recht seine Thesen sehr scharf zurückgewiesen. Es wurde gesagt: Wenn die Aufregung vorbei ist, dann kann man endlich sachlich über dieses Thema diskutieren. Das hat sich offensichtlich als tragischer Irrtum herausgestellt. Die Debatte zum Thema Integration wird immer irrationaler, wenn wir uns die Äußerungen vom Wochenende insbesondere von Herrn Seehofer anschauen. Mich wundert übrigens nicht, dass diese Kampagne gerade jetzt gestartet wird, denn in den nächsten Wochen wird im Bundestag eines der größten Kürzungspakete in der Geschichte der Bundesrepublik verabschie-

det werden. Da ist es augenscheinlich die Idee von einigen verantwortlichen Politikern, arme Deutsche gegen arme Migranten auszuspielen. Das ist ein sehr gefährliches Spiel, ein Spiel mit dem Feuer. Ich kann die Bundesregierung und an der Spitze Angela Merkel nur auffordern, diese irrationale, diese gefährliche Diskussion sofort zu beenden.

Karin Binder zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit

Mit der Forderung nach härteren Strafen gegen Demonstranten gießt das Merkel-Kabinetts Öl ins Feuer. Vor dem Hintergrund der Gewalt von Polizeibeamten gegen friedliche Stuttgart-21-Gegner am 30. September 2010 in Stuttgart ist der Vorschlag der Bundesregierung unerträglich“, erklärt Karin Binder, Bundestagsabgeordnete aus Karlsruhe, zu einem entsprechenden Kabinettsbeschluss der Bundesregierung. „Künftig soll härter belangt werden, wer sich aus dem Würgegriff eines Polizeibeamten zu befreien versucht. Schwarz-Gelb hat damit jedes Maß für die Verhältnismäßigkeit verloren. Wenn sich eine Bürgerin oder ein Bürger als gewaltfreier Akt nicht wegtragen lässt, sind Faustschläge ins Gesicht oder das willkürliche Versprühen von gesundheitsgefährdenden Reizstoffen durch die Staatsgewalt weiterhin kein Problem. Das Ziel ist es offenbar, das Volk vom Demonstrieren abzuschrecken.“

Bericht Landestreffen der LAG Betrieb & Gewerkschaft Baden-Württemberg

Am 4. September 2010 fand in den Räumen der Stuttgarter IG Metall Verwaltungsstelle das Landestreffen der LAG Betrieb & Gewerkschaft Baden-Württemberg statt. Nach der Begrüßung durch Uta Spöri folgte der Bericht des Bundesprechers Michael Schlecht.

Während des Landtagswahlkampfes in NRW führte die BAG eine erfolgreiche Bundeskonferenz am 17./18. April in Bochum durch. Die Konferenz hat einen positiven Impuls für den Wahlkampf gegeben und war ein voller Erfolg. Michael berichtet, dass der BSPR sich mit einigen Themen beschäftigte und dabei Position bezog. Zuletzt in der Frage der Bundesarbeitsgerichtsentscheidung und dem DGB-Papier zur Tarifeinheit. Der BSPR hat dazu eine klare Position verfasst, die auch vom Parteivorstand übernommen wurde. Im Kern heißt es dort: es darf keinerlei Regelungen geben, die das Streikrecht einschränken. Im Gegenteil: wir wollen das Streikrecht ausweiten, durch Legalisierung des politischen Streikrechts.

Die BAG Betrieb & Gewerkschaft setzt sich weiterhin in der Partei dafür ein, dass DIE LINKE die Partei der sozialen Gerechtigkeit und der Arbeitsrechte sein soll.

Bericht von Sybille Stamm zum Landtagswahlkampf: Der erste Entwurf unseres Landtagswahlprogramms liegt seit dem 2.9. vor. Unser Ziel ist, so Sybille, dass das Wahlprogramm die Bevölkerung über unsere Themen und unsere Alleinstellungsmerkmale informieren muss. Herausragen sollte der Slogan: Wir sind „Original sozial“. Wichtigstes Thema und der erste Abschnitt im Programm ist „Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen. Das ist auch der wichtigste Punkt für unsere LAG.“ Die Beschäftigten in den Betrieben sind eine unserer wichtigsten Wählergruppen. Vor allem sie geht es mit unserer Politik zu erreichen.

Bericht von Walter Kubach zu Stuttgart 21: Wir haben als LAG viele Kolleginnen und Kollegen für den Aufruf „Gewerkschafter gegen S21“ gewin-

nen können und sind an der Kampagne maßgeblich beteiligt. Dafür haben wir eine Internetseite und Buttons erstellt, die beide sehr gut ankommen.

Analyse von Stefan Dreher zu den geplanten Herbstprotesten: Die Gewerkschaften mobilisieren aus vielen verschiedenen Gründen zu den Aktionen im Herbst. Allen gemeinsam ist wohl der Kampf gegen die brutalen Kürzungen durch das Kürzungspaket der Bundesregierung. Verdi z.B. kämpft vor allem für die Stärkung der Kommunalfinanzen und den Ausbau des öffentlichen Dienstes. „Das Prinzip Privater Reichtum–Öffentliche Armut muss laut Verdi gebrochen werden“, so Stefan.

Für uns als LAG und als Partei ist es wichtig bei dem Protest am 13.11. gut sichtbar zu sein

Anschließend folgte eine Diskussion zur betrieblichen Mobilisierung der Gewerkschaften zu den Herbstprotesten, die Ausrichtung des Landtagswahlkampfes und die Unterstützung der Proteste gegen Stuttgart 21.

Demonstration 13. November in Stuttgart

Beginn der Demonstration: 10.30 Uhr Lautenschlagerstraße **Beginn der Kundgebung: 12 Uhr Schlossplatz**

Sozialkahl Schlag stoppen, Kürzungspaket verhindern!

Schwarz/gelb vergrößert soziale Schieflage

Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Kürzungspaket vergrößert die soziale Schieflage. Merkel kürzt vor allem bei denen, die ohnehin am wenigsten haben. Bei den Erwerbslosen, Eltern und Alleinerziehenden. Verschont werden Reiche und Vermögende.

Bei Erwerbslosen bzw. Arbeitslosen sollen gestrichen werden:

- Elterngeld ■ Rentenversicherungsbeiträge
- Übergangsgeld vom Arbeitslosengeld I zu ALG-II
- Heizkostenzuschuss beim Wohngeld
- Fester Anspruch auf Weiterbildung und Qualifizierung

Gesundheitsreform:

Unsoziale Kopfpauschale

Der Krankenkassenbeitrag steigt von 14,9 auf 15,5 Prozent. Der Arbeitgeberanteil wird auf 7,3 Prozent eingefroren. Beschäftigte und Versicherte zahlen 8,2 Prozent und müssen für alle zukünftigen Kostensteigerungen alleine aufkommen. Zudem soll jeder den gleichen, festen Betrag zahlen: Die Kopfpauschale. Der Manager zahlt genau so viel Zusatzkosten wie seine Putzfrau. Ärzte, Pharmaindustrie und Apotheker werden weitgehend verschont oder profitieren sogar.

DIE LINKE lehnt die Kopfpauschale ab und fordert die Bürgerversicherung, bei der alle einzahlen und hohe Vermögen zur Finanzierung herangezogen werden. Statt Klassenmedizin wollen wir ein paritätisch finanziertes und solidarisches Gesundheitssystem!

Milliarden für die Banken -

5 Euro für Hartz IV Bezieher/innen

Hartz IV hat Millionen Menschen in Armut gestürzt. Jetzt werden Erwerbslose mit einer lächerlichen Zulage von 5 Euro abgespeist. Das sind 16,5 Cent mehr am Tag. Kinder bekommen keine Erhöhung. Für knapp sieben Millionen Erwerbslose sollen jetzt 600 Millionen mehr ausgegeben werden. Für die Banken hat Merkel hunderte von Milliarden übrig. Erst vor kurzem erhielt die HRE-Bank über Nacht noch einmal 40 Milliarden Staatsgarantien. 25 Millionen Euro Steuergelder gingen als Boni an ihre besser verdienenden Bankfachkräfte.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und fordert eine sanktionsfreie Grundsicherung von 500 Euro sowie den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro!

DIE LINKE sagt: Die Verursacher müssen bezahlen, das Casino muss geschlossen werden.

Gewinne sprudeln – Löhne stagnieren

„In der Krise werden die Reichen reicher“ so Zeitungsmeldungen. Die Gewinne sind im Frühjahr um 22%, die Bruttolöhne gerade einmal um 2,5% gestiegen. Deutschland ist seit Jahren absolutes Schlusslicht bei der Lohnentwicklung in Europa. In den letzten 10 Jahren wurde der Niedriglohn-

sektor dramatisch ausgeweitet. Millionen Menschen müssen auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen arbeiten, häufig ohne Tarifbindung. Vor allem ihre Löhne sind nach unten gedrückt worden. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben.

DIE LINKE sagt: Die Löhne müssen deutlich steigen und wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde!

Rente mit 67 heißt Rentenkürzung

Am 12. Oktober gingen in einem Generalstreik über drei Millionen Franzosen auf die Straße gegen die Rente ab 62. Lediglich 40 % arbeiten in Deutschland über das 55. Lebensjahr hinaus. Die Mehrheit erreicht schon heute das gesetzliche Rentenalter nicht. Die Rente mit 67 ist ein Rentensenkungsprogramm.

DIE LINKE sagt: Weg mit der Rente ab 67! Zurück zum Renteneintrittsalter mit 65 ohne Abzüge! Und für besonders belastete Beschäftigte muss ein abschlagsfreier Eintritt auch früher möglich sein.

Stuttgart 21 stoppen - S21 ist unsozial!

Selbst in der relativ reichen Schwabenmetropole gibt es Kinderarmut und 3000 Kita-Plätze fehlen. In vielen Schulen bröckelt der Putz von den Decken. Und an den Hochschulen herrscht Mangelverwaltung. Das alles passt nicht zusammen mit der Verpulverung von Milliarden für ein Wahnsinnsprojekt.

DIE LINKE will den Kopfbahnhof erhalten und tritt für einen bürgerfreundlichen sowie ökologischen Ausbau des Schienennetzes ein.

Grundlegender Politikwechsel

ist dringend notwendig!

DIE LINKE steht für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit im Interesse der Mehrheit. Wir vertreten die Interessen der Beschäftigten, Erwerbslosen, Rentner/innen, Schüler und Studenten und nicht die einer kleinen Minderheit von Reichen und Vermögenden. Nur wenn wir auf die Straße gehen, der Protest in den Betrieben größer und auch DIE LINKE stärker wird kann sich etwas ändern. Wir fordern als einzige Partei das Recht auf politischen Streik, wie es in anderen Ländern in Europa völlig normal ist.

DIE LINKE.

DIE LINKE., Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Telefon 0711/241045 Fax 0711/241046
info@die-linke-bw.de
www.die-linke-bw.de

Richard Pitterle, Mitglied im Gemeinderat Sindelfingen und Abgeordneter des Deutschen Bundestags

Kommunen brauchen gesicherte Finanzen!

Im Mittelpunkt jeder Anstrengung zur Haushaltskonsolidierung muss die Frage stehen, welche Auswirkungen die finanzwirtschaftlichen Maßnahmen auf die Lebensqualität der Bevölkerung haben.

Die Stärke eines Gemeinwesens bemisst sich darin, wie es mit den Schwächsten der Gesellschaft umgeht. Politisch ausgedrückt: Die Stärke des Gemeinwesens bemisst sich auch darin, wie der Bund mit Ländern und Kommunen umgeht. Die ständige Überwälzung von gesamtstaatlichen Aufgaben, wie Grundsicherung im Alter und Erwerbslosigkeit, auf die Kommunen, ohne ihre Finanzlage zu beachten, offenbart das geringe Maß an sozialer Verantwortung des Bundes und seiner Regierung. Wir lehnen diese Praxis und die dadurch bedingten Kürzungen von Kommunalverwaltungen im Sozialbereich vehement ab.

Wenn elementare Dienstleistungen nicht mehr angeboten werden können und Städte die Kürzungsvorgaben der Kommunalaufsicht zu exekutieren haben, dann wird die kommunale Selbstverwaltung zur Farce. Die von der Bundesregierung einberufene Gemeindefinanzkommission ist eine ebensolche Farce. Sie hat nicht den Auftrag, eine Neuordnung der Finanzen zu erarbeiten, die die katastrophale Finanzlage der Kommunen verbessert. Nein, die Vertreter des Bundesfinanzministeriums stellten bereits in der ersten Sitzung am 4. März klar, dass die Reform weder zu Steuerausfällen für den Bund und die Länder noch zu Mehrbelastungen für Unternehmen führen darf. Bei dieser dreisten Vogel-Strauß-Politik der Bundesregierung bleibt den Kommunen in ihrer Not nur, die Bürgerinnen und Bürger noch mehr zu belasten und die sozialen Standards noch weiter zu senken, oder ihre kommunalen Unternehmen zu verkaufen, also die allseits bekannte Privatisierungsschiene.

Am 8. Juli hat die Gemeindefinanzkommission die Zwischenberichte der thematischen Arbeitsgruppen (Steuern, Rechtsetzung, Standards) präsentiert. Die Ergebnisse haben unsere Befürchtungen haushoch übertroffen. Weder hat die Kommission ein verbindliches Mitwirkungsrecht der Kommunen an der sie betreffenden Gesetzgebung des Bundes anerkannt, noch hat sie Reformvorschläge außer dem der Regierungskoalition, das sogenannte FDP-Modell, bearbeitet.

Das Fazit des FDP-Modells ist ernüchternd: Erstens führt es zu jährlichen Steuerausfällen von 5,35 bis 6,1 Milliarden Euro für den Gesamtstaat. Wer soll das also bezahlen, wenn laut Kommis-

sionsauftrag weder der Bund noch die Unternehmen belangt werden dürfen? Von wegen mehr Netto vom Brutto für die Bürgerinnen und Bürger. Zweitens ist die Umsetzung des Modells frühestens 2016 möglich. Die nötigen Änderungen im Steuerrecht würden zu derart komplizierten Verfahren und einem so immensen Verwaltungsaufwand führen, dass die Behörden und Unternehmen Jahre bräuchten, bis sie sich darauf eingestellt hätten. Fakt ist, die Kommunen brauchen sofort Hilfe, nicht erst in sechs Jahren! Nebenbei bemerkt, dazwischen liegt auch noch eine Bundestagswahl. Aber auf die Frage, was denn die bankrotten Gemeinden wie Wuppertal machen sollen, bleibt die Regierung eine Antwort schuldig. Vogel Strauß lässt grüßen.

DIE LINKE fordert zur Stärkung der Kommunal Finanzen:

„Soforthilfen“

- Kompensationen für die Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarzgelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind,

- sofortige Abschaffung der Gewerbesteuerumlage an den Bund, damit den Gemeinden mehr von ihren eigenen Einnahmen auch zur Verfügung stehen,

- kommunale Investitionspauschale für Kommunen aus Bundesmitteln, Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen und ein Zinsmoratorium

„Mittel- und langfristige Maßnahmen“

- *Gewerbsteuer zur Gemeindefinanzwirtschaft weiterentwickeln:* Die Gewerbesteuer ist die ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Einnahmen haben sich in den letzten 15 Jahren fast verdoppelt, alle anderen Steuern sind nur um ein Viertel gestiegen. Aber die Gewerbesteuer muss konjunkturell stabiler werden und deshalb erweitert werden. Die Bemessungsgrundlage soll alle unternehmerisch Tätigen, insbesondere freie Berufe wie Rechtsanwälte, umfassen.

- *Einklagbares und verbindliches Mitwirkungsrecht für Kommunen einführen:* Kommunen müssen in den Entscheidungsprozessen, die direkt oder indirekt Auswirkungen auf sie und ihre Finanzen haben, frühzeitig und direkt einbezogen werden. Dazu ist ihnen im Grundgesetz ein einklagbares Anhörungs- und Beteiligungsrecht an Bundesgesetzgebung einzuräumen.

- *Aufgaben nur bei angemessener Finanzausstattung an Kommunen übertragen:* Bund und Länder dürfen Aufgaben auf Kommunen nur mit deren Zustimmung übertragen, und nur dann, wenn sie die Finanzierung sichern (Konnexität).

- *Bund angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen:* Der Bund darf nicht einfach gesamtstaatliche Aufgaben zur Finanzierung auf die Kommunen abwälzen. Sein Anteil an den Kosten für z.B. Unterkunft für ALG II-Beziehende, Ausbau der Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen, oder Eingliederungshilfen, muss entscheidend erhöht werden.

- *Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu ausgestalten:* Das Steueraufkommen zwischen diesen Ebenen muss grundlegend anders verteilt werden. Der derzeitige Anteil der Kommunen am Steueraufkommen beträgt 15 Prozent. Gemessen an den Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, ist dies vollkommen unzureichend.

- *Schuldenbremse zurücknehmen:* Die unter Schwarz-Rot durchgesetzte Schuldenbremse schränkt die Handlungs- und Gestaltungsspielräume von Bund und Ländern massiv ein. Der damit verordnete Sparzwang wird nach unten weitergereicht und geht zu Lasten der kommunalen Zukunftsfähigkeit und der Generationengerechtigkeit. Die Zeche für die Finanzkrise und die bisherigen Staatsschulden darf nicht auf Kosten von sozial Schwächeren eingeholt werden!

Wie geht es also weiter mit den Kommunal Finanzen? Mitte Oktober soll die Gemeindefinanzkommission ihre Abschlussberichte vorlegen. Bis zu den Zwischenberichten hatte die Kommission also vier Monate Zeit, das FDP-Modell durchzurechnen. In den verbleibenden dreieinhalb soll das Reformmodell der kommunalen Spitzenverbände UND Teile des Reformmodells der Stiftung Marktwirtschaft durchgerechnet werden UND das FDP-Modell so weiterentwickelt werden, dass es „passt“. Ganz nach dem Motto, „was nicht passt wird passend gemacht“. Hier zeigt sich wieder, was für einen erbärmlichen Affenzirkus die Bundesregierung mit der Gemeindefinanzkommission veranstaltet.

Einen Lichtblick gibt es bei der Gemeindefinanzkommission doch. So ganz wie sie will, kann die Bundesregierung nämlich nicht. Für mindestens zwei Aspekte des FDP Modells wäre eine Grundgesetzänderung nötig. Dazu müssen mindestens zwei Drittel der Abgeordneten des Bundestages und zwei Drittel des Bundesrates zustimmen. Unsere Stimmen haben sie definitiv nicht. Und wenn man nach den Kommentaren der SPD und Bündnis90/die Grünen im Finanzausschuss des Bundestages bei der Sondersitzung zur Gemeinderatskommission am 9. Juli geht, dann bleibt die Zweidrittelmehrheit für die Bundesregierung ein Luftschloss.

Heilbronn: Die Zukunft unserer Stadt

Die Zukunft Heilbronnns erfordert einen entschiedenen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, dazu gehört der Ausbau der Stadtbahn. Die künftige Stadtentwicklung Heilbronnns wird sich sehr stark im Bereich Europaplatz abspielen, vor allem im Bildungscampus, dem neuen Stadtteil Neckarbogen, aber auch mit dem Anwachsen der Einkaufsmöglichkeiten und weiteren Dienstleistern.

All dies erfordert, dass die Stadtbahn-Nord über den Europaplatz geleitet wird. Dafür setze ich mich entschieden weil ich überzeugt bin, dass diese Lösung sinnvoller und billiger ist als die Route über die Paulinenstr.

Die Stadtverwaltung wehrt sich einerseits gegen die Veränderung der Streckenführung, verbindet aber zugleich den Stadtbahnausbau mit einem entsprechenden Ausbau der Straßen und plant mit einer z.T. erheblichen Zunahme des Individualverkehrs. Im Bereich Mannheimer Straße plant sie für eine Verkehrszunahme um 20% und will deshalb die Mannheimer Straße insgesamt mit sechs Spuren bauen.

Die Weipertstraße, in der die Stadtbahn fahren soll, soll eine Einbahnstraße werden, und die Daimler-Benz-Straße

soll den Verkehr stadteinwärts aufnehmen und dafür mit 3,5 Millionen € auf Kosten der Stadtbahn ausgebaut werden.

All diese Forderungen verteuern den Stadtbahnbau und gefährden damit über einen sinkenden Nutzen-/Kostenfaktor die Zuschüsse für den Stadtbahnausbau.

Ich denke wir müssen endlich damit beginnen, die Verkehrsströme auf den Straßen im Innenstadtbereich zu drosseln und durch den Ausbau des Radnetzes und den Ausbau eines gut getakteten, preiswerten öffentlichen Verkehrs die Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Das ist notwendig für den Klimaschutz und ist zugleich wesentlich billiger für die Stadt als über 150 Millionen Euro in den nächsten Jahren für Straßenbau aus zu geben. Hier muss der Rotstift angesetzt werden, um die vom Regierungspräsidium geforderte geringere Schuldenaufnahme erfüllen zu können. Statt einem überdimensionierten Straßenbau brauchen wir mehr Geld für den öffentlichen Verkehr, für die Renovierung und den Ausbau von Kindergärten und Schulen.

Hasso Ehinger – Stadtrat DIE LINKE in Linksblick, Oktober 2010

Kein Jugendgemeinderat in Konstanz

Der Gemeinderat beschäftigte sich im Septemberg mit den Themen „Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung“ sowie „Einführung eines Jugendgemeinderates“. OB Frank führte am Beispiel des Heidelberger Jugendgemeinderates in das Thema ein und plädierte dafür, dieses Modell für Konstanz zu übernehmen. Vorteile sah er vor allem darin, dass dadurch das (überparteiliche) kommunale Engagement der Jugendlichen gestärkt und Nachwuchs für den Gemeinderat rekrutiert werden könne. Kosten entstünden vor allem durch eine Aufwandsentschädigung von 30 Euro pro Monat und eine 0,5-Stelle für den Sitzungsdienst.

Auf der Website des „Dachverbands der Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg“ ist zu erfahren, dass sich rund 1500 Jugendgemeinderatsmitglieder im Land politisch engagieren und sich vor allem dafür einsetzen, das städtische Umfeld für Jugendliche attraktiver zu gestalten. In der Regel sind die Räte zwischen 14 und 18 Jahre alt. Das aktive und passive Wahlrecht wird im Idealfall unabhängig von der jeweiligen Herkunft gewährt.

Um eine echte politische Beteiligung der Jugendlichen zu erreichen und deren Interesse am Mitgestalten zu wecken, dürfen Entscheidungskompetenzen allerdings nicht vorenthalten werden: dazu gehören sowohl das Rede- als auch An-

tragsrecht im Gemeinderat sowie ein eigener Etat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen.

Die FGL (Grüne) sprach sich für die Einrichtung eines solchen Gremiums aus, unter anderem betonten Anne Mühlhäußer und Dorothee Jacobs-Krahnen, dies schaffe mehr Nähe zur Jugend und biete eine verlässliche Struktur statt vager Versprechungen und Absichtserklärungen. Es sei wichtig, Jugendliche aus allen Schichten zu gewinnen. Hanna Binder (SPD) und Gabriele Weiner (FWG) sahen die Einführung eines Jugendgemeinderates dagegen skeptisch und in Konkurrenz zu der Arbeitsgruppe „Jugendbeteiligung“, die sich Mitte 2008 konstituiert und inzwischen ein Rahmenkonzept erarbeitet hat. Dieses sieht die „vielfältige, ideenreiche und der jeweiligen örtlichen Situation entsprechende Beteiligung junger Menschen“ vor. Konkret bedeutet dies für Konstanz die Einrichtung eines „schulbezogenes Jugendforums“ in der Gebhardschule und eines „stadtteilbezogenen Jugendhearings“ in Kooperation mit dem Quartiersmanagement im Berchengebiet.

Festzuhalten bleibt, die zweieinhalb-jährige Beschäftigung mit den Problemen der Jugend hat bis jetzt wenig Erfolg gezeitigt: erinnert sei unter anderem an die Klagen über (vermeintlich) lärmende und Alkohol konsumierende Jugendliche, hervorgerufen nicht zuletzt

durch fehlenden Freiraum für Kinder und junge Menschen im Stadtgebiet. Und: im Rahmenkonzept selbst ist zu lesen, dass sich unterschiedliche Partizipationsformen und die Einrichtung eines Jugendgemeinderates nicht widersprechen müssen. Quer durch alle Fraktionen herrschte Skepsis darüber, ob sich die Konstanzer Jugendlichen überhaupt an einem Jugendgemeinderat beteiligen würden. Dies vorher abzuklären und zum Beispiel beim Konstanzer Schülerparlament oder dem Stadtjugendring nachzufragen, bevor im Gemeinderat darüber befunden wird, wäre sicherlich von Vorteil gewesen. Letztendlich sprach sich die Mehrheit des Gemeinderates gegen die Einführung eines Jugendrats aus. www.die.linke-konstanz.de

Mist wegräumen!

In ihrer Abgeordnetenspalte im „Schwäbischen Tagblatt“ hatte die Tübinger SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid behauptet, Gewerkschaften, LINKE und Grüne stellten Armutsbekämpfung zugunsten der Bekämpfung von Stuttgart 21 hinten an. Hier die Antwort von Gerlinde Strasdeit von der LINKEN.

Die Bekämpfung von Armut, insbesondere von Kinderarmut, steht bei uns LINKEN im Mittelpunkt. Wenn die von uns geschätzte Abgeordnete Rita Haller-Haid etwas anderes behauptet, täuscht sie sich und ihren eigenen Laden. Die SPD an der Regierung hat uns Rente mit 67, Praxisgebühr, Ausweitung der Leiharbeit, Hartz IV und Steuergeschenke an die Reichen beschert. Gerne räumen wir gemeinsam mit der SPD von heute den ungerechten Mist wieder weg, den die SPD von gestern angerichtet hat. Fangen wir vor Ort an, beim Kollegen Rosemann und seiner Fraktion. Die Mehrheit aus SPD und Grünen setzt im Tübinger Gemeinderat gerade eine Sozialkürzungssorgie durch. Gestrichen und gekürzt wird bei Sportvereinen, Sozialinitiativen, Kultur, Kindergärten und Schulen. Azubis werden nur in Teilzeit übernommen. Verfügungszeiten von Erzieherinnen und Schulkinderbetreuung werden verkürzt. Oben, bei den Bürgermeistern, Referenten, Stadtwerkedirektoren und Beraterfirmen wird dagegen weiter draufgesattelt. Der Versuch, das alles durch eine sogenannte Bürgerbefragung zu legitimieren, ist jammervoll gescheitert. Wer will schon beantworten, ob man lieber aufs Hallenbad oder auf Kindergartenplätze verzichtet. Zweck der teuren Befragung ist es, Vereine, Initiativen und soziale Einrichtungen gegeneinander aufzubringen.

Liebe Rita, es ist sympathisch, wenn Du versuchst, uns links zu überholen. Aber bitte nimm Deine Tübinger Stadtratsfraktion dabei wenigstens ein paar Zentimeter mit. *Gerlinde Strasdeit, Stadträtin der LINKEN, Schw. Tagblatt, 16.10.*

Grüne für Stuttgart 21 und gegen Windkraft?

Kreissecke im Schwäbischen Tagblatt vom 5. Oktober 2010:

Windräder in der Region, Stuttgart 21 und der Generalverkehrsplan standen auf der Tagesordnung der Verbandsversammlung der Region Neckar-Alb, der 60 Kreisräte aus den Landkreisen Tübingen, Reutlingen und Zollern-Alb angehören. Auch die Grünen haben am 29.9. folgenden Formulierungen zugestimmt: „Die bessere Anbindung der Region Neckar-Alb an den Fernverkehrsknoten Stuttgart, an die Landesmesse und den Landesflughafen ist durch eine leistungsfähige Einschleifung der Neckartalbahn (Wendlinger Kurve) bei der Realisierung von Stuttgart 21 bzw. der Schnellbaustrecke Stuttgart-Ulm sicherzustellen.“ Das klingt anders als die Fundamentalopposition der grünen Leserbriefflut.

Außer mir haben alle, auch SPD und Grüne, die Einführung einer PKW-Maut gefordert. Unsoziale Kopfpauschalen ersetzen immer mehr die Steuern nach Leistungsfähigkeit. In der von SPD-Grünen unterstützten Erklärung heißt es, die „steuerbasierte Finanzierung“ sei „problematisch“. Wörtlich: „Für das Land folgerichtig ist nun die Einführung einer PKW-Maut.“ Gefordert wurde ein „Wechsel zur Nutzerfinanzierung“.

Ich habe meinen Ohren nicht ge-

Demo gegen Tschingderassabum

Am 30. Juli fand in Stuttgart eine Protestkundgebung gegen ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr statt. „Diese unsägliche Tradition öffentlicher Gelöbnisse hat in den letzten Jahren massiv zugenommen, ist politisch gewollt und dient eindeutig dazu, die Akzeptanz für Militär und Kriegseinsätze zu erhöhen“, kritisierte Heike Hänsel, Bundestagsabgeordnete der LINKEN. Zusammen mit Persönlichkeiten aus Friedensbewegung, Kirchen, Gewerkschaften und Politik, hatte sich Hänsel bereits im Vorfeld in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Mappus und den Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster gewandt – mit der Forderung, das öffentliche Gelöbnis wieder abzusagen. DIE LINKE rief zur Teilnahme am Protest gegen die Feier

traut, dass die Grünen sogar noch gefordert haben, dass bei der Planung von Windkraftanlagen „militärische Einschränkungen“ sofort eingebaut werden müssen. Die größten zusammenhängenden und windhöufigsten Gebiete in der Region sind die 9,5 Quadratkilometer des ehemaligen Truppenübungsplatzes Münsingen und die 8,3 Quadratkilometer um den Truppenübungsplatz Großer Heuberg. Die Vorlage „Überarbeitung der Vorranggebiete für Windkraftanlagen“ liest sich als Verhinderungsprogramm: „Das Gebiet um den Truppenübungsplatz Großer Heuberg ist durch militärische und luftrechtliche Ausschlusskriterien ohnehin kaum geeignet. Der Truppenübungsplatz Münsingen liegt in der Kern- und Pflegezone des Biosphärengebiets Schwäbische Alb, das ein absolutes Ausschlusskriterium darstellt.“

So wird das nichts mit der Windkraft, wenn Öko-Reservate und militärische Vorranggebiete gegen sie ausgespielt werden. Das soeben beerdigte grüne Urgestein Walter Schwenninger dreht sich sicher im Grab herum, bei diesen Grünen, für die das Militär „Vorrang“ hat, denen Joschka Fischers Verwandlung, von Turnschuhen zu Springerstiefeln und Kriegseinsätzen, in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Anton Brenner, Kreisrat der Linken

der Bundeswehr auf dem Schlossplatz auf. DIE LINKE hält es mit Kurt Tucholsky: „Jubel über militärische Schauspiele ist eine Reklame für den nächsten Krieg. Man drehe diesem Kram den Rücken zu oder bekämpfe ihn aktiv.“ Dirk Spöri vom Landesvorstand teilte den Medien mit, mit dem Gelöbnis versuche die Bundeswehr ihre Kriegseinsätze zu verharmlosen, denen viele Zivilisten, aber auch eigene Soldaten zum Opfer fallen. Thomas Haschke, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der LINKEN, forderte das Ende aller öffentlichen Gelöbnisse, weil diese in der unheilvollen Tradition öffentlicher Militärparaden stünden, wie es sie unter preußischen Kaisern und unter dem Nationalsozialismus gab.“

17 Stadträte unterstützen Antrag der LINKEN

WEINHEIM. Der schon seit Monaten verwaiste, leere Sockel des Kaiser- und Kriegerdenkmals vor der Laurentiuskirche wird offenbar Thema der nächsten Gemeinderatssitzung. Carsten Labudda, Stadtrat der Linken, hat einen Antrag eingereicht, in dem die Stadt eine Zwischennutzung des Sockels befürwortet und Künstler der Region zu Gestaltungsvorschlägen aufrufen soll. Der Kulturausschuss würde dann aus den eingereichten Arbeiten eine Auswahl treffen.

Bis zur Rückkehr der zu restaurierenden Kriegerstatue soll das Kunstwerk auf dem Sockel am Marktplatz aufgestellt werden.

Labudda hat im Vorfeld in den Fraktionen um Unterstützung für seinen Antrag gebeten. Insgesamt 17 Stadträte haben ihn mit unterzeichnet. Sechs Mandatsträger der Grünen/Alternativen Liste, acht der SPD sowie ein CDU-Stadtrat und ein Weinheim plus-Vertreter haben durch ihre Unterschrift das Anliegen unterstützt.

aus: *Weinheimer Nachrichten* vom 5. Oktober 2010

Zu Besuch in Sachsen

Von Medien und politischen Analysten, teilweise auch von Aktiven aus den eigenen Reihen wird oft der Vorwurf laut, DIE LINKE – das seien ja eigentlich zwei Parteien: eine fundamentalistische Westpartei und eine kompromissbereite Ostpartei.

Drei Mitglieder der Partei DIE LINKE aus den Kreisen Heilbronn und Ludwigsburg, fuhren nach Sachsen um sich mit den Genossen auszutauschen. Die Genossen aus Sachsen organisierten drei Begegnungen in Freiberg, Frankenberg und Chemnitz. Sie kamen dabei mit Stadträten, Landtagspolitikern und vielen anderen Aktiven aus der Region zusammen.

Dabei nahmen die Diskussion um das Parteiprogramm, die Probleme in der Kommunalpolitik und das eigene Selbstverständnis als Linke die Schwerpunkte ein. Der einhellige Tenor war, dass vieles falsch und die nicht wirklich sozialistischen Systeme verdienter Weise untergegangen sind. Wir tauschten uns über Vorstellung zur Wirtschaftsdemokratie und Frieden aus.

Aus den Diskussionen konnte kein Unterschied zwischen West und Ost herausgelesen werden, wie es uns die Medien so oft glauben machen wollen. Die Kontakte sollen weiterhin aufrecht erhalten bleiben.

Dahniel Behrens, Volker Bohn, Markus John



Hearing der Linken im Mannheimer Gemeinderat

Ausweg Werkrealschule? Nein – im Gegenteil!

Das Hearing der Linken im Mannheimer Gemeinderat zu der Fragestellung: „Ausweg Werkrealschule?“ brachte einige grundlegende Erkenntnisse über das baden-württembergische Schulsystem und die Möglichkeiten, wenigstens kleine Besserungen herbeizuführen. Über 60 TeilnehmerInnen folgten den fünf Referaten sehr aufmerksam und nahmen an der leider zu kurz gekommenen Diskussion lebhaft Anteil.

In einem kurzen Themenanriss begründete Linken-Stadtrat Thomas Trüper die Durchführung des bildungspolitischen Hearings mit den Fragen, die die Umwandlung der 20 Mannheimer Hauptschulen in 12 Werkrealschulen aufgeworfen habe. Sind diese Schulen wirklich ein Ausweg aus Selektion und Segregation durch das mehrgliedrige Schulsystem, aus den schlechten Bildungsergebnissen laut Pisa-Studien, aus der Weitervererbung der (Bildungs-)Armut durch schlechte Bildung, aus dem Schulsterben? Der Gemeinderat war fast einstimmig der Meinung von OB und Schuldezernentin gefolgt, dass die Werkrealschule wenigstens eine kleine Chancenverbesserung für HauptschülerInnen biete und dass deshalb das Angebot des Landesschulgesetzes auf jeden Fall umgesetzt werden müsse, zumal ein Drittel der Hauptschulen aufgrund der sinkenden SchülerInnenzahlen ohnehin nicht mehr haltbar seien.

Es geht entgegen der konservativen Rhetorik um die Struktur des Schulsystems

Der Vermutung einer Chancenverbesserung widersprach der Professor für Schulpädagogik Karl G. Zenke vehement: Die neue Werkrealschule ist ein nach wie vor separierter Bildungsgang, der zudem noch schwieriger zu erreichen ist als bisher: In den fünf Hauptfächern muss am Ende der Hauptschule ein Durchschnitt von 3,0 erreicht werden und keine Note darf unter 4 liegen. Erst dann ist der Übergang in die Werkrealschule möglich – ein Unikum in der bundesdeutschen und europäischen Bildungslandschaft.

Das Schulwesen sei durch die gegliederte Schulstruktur zu tiefst geprägt: Die Bildungsgänge sind in separaten Schultypen verankert; die personelle Ausstattung, die Laufbahnen, die Ausbildung und Bezahlung der Lehrkräfte, die Schulausstattung – alles ist unterschiedlich und inkompatibel zu einander strukturiert. Die SchülerInnen müssen sich den Schulverhältnissen anpassen, nicht umgekehrt. Die SchülerInnen und ihre tatsächlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten stehen nicht im Mittelpunkt,

sondern die Reproduktion der gesellschaftlichen Schichtungen. Der Professor ließ keinen Zweifel an der Notwendigkeit, dieses Schulsystem strukturell zu ändern – die konservative Rede von einfacher Steigerung der Qualität innerhalb der bestehenden Strukturen diene lediglich der Legitimierung des Status quo.

Das Schulsterben ist nicht nur demografisch bedingt

Dr. Ute Kratzmeier, Referentin bei der GEW (in Vertretung für den erkrankten Tino Bargel) legte dar, dass die Schulstruktur Schuld daran trägt, dass in der Fläche ganze Landstriche, aber auch in Großstädten einzelne Stadtbezirke, jegliche Schulstandorte verlieren. Grund ist die Flucht aus der Hauptschule. Die Übergangsquoten aus der Grundschule liegen in der Regel um die 20-25% (so auch in Mannheim). In Heidelberg ist der Tiefpunkt mit knapp über 10% erreicht. Wäre in Baden-Württemberg die gemeinsame Sekundarstufe möglich, könnten viele Schulstandorte weiterbetrieben werden, mit zuträglichen Klassengrößen und langfristig von den Schülerzahlen her wie auch qualitativ stabil. 2008 waren 411.000 Hauptschüler auf 2.473 Hauptschulen verteilt, während den 310.000 Gymnasiasten 377 Schulen zur Verfügung standen. Der ehemalige IGMH-Lehrer Jürgen Leonhard zeigte diese Missverhältnisse auch auf die Stadt Mannheim bezogen auf.

Seit 40 Jahren widerlegt die IGMH die konservative Schuldoktrin

Die Integrierte Gesamtschule Mannheim Herzogenried (IGMH) hat jährlich doppelt so viele Schüleranmeldungen, wie sie verkraften kann. Auch bei LehrerInnen ist sie sehr beliebt, wie die BewerberInnenzahlen nach Stellenausschreibungen belegen. Aber in Baden-Württemberg ist sie mit zwei weiteren Schulen in Freiburg und Heidelberg eine „Schule besonderer Art“. Die Kultusministerin Schick war gerade vor zwei Wochen auf einer Tagung zu vernehmen, dass sie keineswegs eine weitere solche „Schule besonderer Art“ zulassen werde, weil diese – wie recht die Ministerin letztlich hat! – nicht zum Schulsystem des Landes passt. Es ist jedoch das Schulsystem, das unpassend ist. Denn die IGMH leistet genau das, was das vielgliedrige Schulsystem nicht leistet, sondern wo es jämmerlich versagt: Die Heranführung zum Abitur von überdurchschnittlich vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund und von solchen SchülerInnen, die keine Gymnasialempfehlung nach der Grundschule bekamen

– 56% des letzten Abiturjahrgangs. Von solchen Erfolgen „besonderer Art“ und von vielfältigen Förderprogrammen für die SchülerInnen konnte OStDir Gerhard Diehl berichten. Absonderlich dagegen die Zustände an den „normalen“ Schulen. So beträgt der MigrantInnen-Anteil an den Mannheimer Hauptschulen 45,5%, an den Gymnasien 12,5%. Gut für die Stabilisierung des gesellschaftlichen Schichtgefüges, schlecht jedoch sogar für die Wirtschaft, die sich diese



Einladungsflyer der LINKEN im Mannheimer Gemeinderat zu dem öffentlichen Hearing zur Schulpolitik

„Vergeudung“ unter den immer wieder zitierten demografischen Bedingungen und qualitativen Anforderungen schon jetzt nicht mehr leisten kann.

Zweite Integrierte Gesamtschule für und in Mannheim beschlossen

Der Gemeinderat hat im Frühjahr mit rot-grün-roter Mehrheit die Einrichtung einer zweiten Integrierten Gesamtschule beschlossen. Die Möglichkeiten der Umsetzung sind jedoch unter den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen des Landes und dem doktrinären Standpunkt der Kultusministerin Schick äußerst bescheiden (s.o.). In Stuttgart würde gegen eine solche Schule entschieden. Dies umso mehr, als die CDU im Wahlkampf ihr konservatives Profil schärfen möchte. Gabriele Warminski-Leitheußer, Bildungsdezernentin der Stadt, lässt kein gutes Haar am Schulgesetz Baden-Württemberg. Lediglich in der Werkrealschule sieht sie einen winzigen Fortschritt – und bekommt es gleich mit dem Protest des Professors zu

tun, dem sie allerdings eigentlich nichts entgegenhalten kann außer Stadtregierungsdisziplin.

„Hamburg“ kein Grund zur Resignation

Abschließend erläuterte der Hamburger GEW-Vorsitzende Klaus Bullan seine Sicht des Ergebnisses des Bürgerentscheids gegen die „Primarschule“ der schwarz-grünen Schulreform. Die wohlhabenden Stadtbezirke hätten eine hohe Wahlbeteiligung, die ärmeren – wie immer – eine niedrigere Beteiligung gezeigt, in linearer Korrelation. Damit seien die Chancen der Reform gegen den Ansturm der Freunde des Gymnasiums-Systems dahin gewesen. Es sei nicht gelungen, die eigentlich auf die Schulreform Angewiesenen zu mobilisieren.

Dies hatte offensichtlich zahlreiche Gründe, aus denen Lehren zu ziehen sind: Zunächst belastete die Sozialpolitik des Senats die Bereitschaft der ärmeren Schichten, „für die Regierung“ zu stimmen. Kurz zuvor hatte Schwarz-Grün beispielsweise die Kita-Gebühren erhöht. Im Grunde wollte eigentlich niemand wirklich die schwarz-grüne Schulreform: Die CDU war nur von den Grünen dazu vergattert worden. Die

Grünen bekamen nicht, wofür sie eigentlich eingetreten waren: die Eine Schule für Alle. Die SPD hatte zu lange herumgeeiert und konnte sich letztlich nicht für die Primarschule erwärmen. Die Eltern und Lehrer schließlich der zahlreichen Gesamtschulen hatten etwas dagegen, dass die Gesamtschulen die ersten zwei Schuljahrgänge (fünf und sechs) an die obligatorische Primarschule hätten abtreten müssen. Eigentlich ging es in der Abstimmung nur darum, Schlimmeres zu verhüten, nicht Positives zu erreichen. So machte die schulpolitische Restauration schließlich ihren Durchmarsch – eine Warnung für Alle, die in Baden-Württemberg eine schulpolitische Wende herbeiführen möchten.

Doch wer möchte dies? Auf die Landtagswahlprogramme darf man gespannt sein. Die Linke tritt erklärtermaßen für längeres gemeinsames Lernen, für die Beendigung der Drei- bis Viergliedrigkeit ein und für die Eindämmung der „Förderschulen“ zu Gunsten der Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Ohne Änderung im Land wird es in Mannheim auch keinen nennenswerten Fortschritt in der Schulpolitik geben. Dies ist eine Quintessenz des Hearings.

Thomas Trüper

Feministische Politik gehört in das Herz der Partei und in die Mitte der Gesellschaft

Zum Abschluss der 3. Bundesfrauenkonferenz der Partei DIE LINKE erklärt die Bundesgeschäftsführerin der LINKEN, Caren Lay:

Die Bundesfrauenkonferenz ist ein großer Erfolg gewesen. Rund 150 Frauen aus der gesamten Bundesrepublik, Genossinnen aus allen Ebenen der Partei und Sympathisantinnen diskutierten Ideen für eine andere Politik. Wir haben ein Konzept zu Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit auf den Weg gebracht. DIE LINKE will ein attraktiver Ort für Frauen sein und ihren Spitzenplatz im Frauenanteil der politischen Parteien der Bundesrepublik verteidigen.

Im Ergebnis der Tagung wurden zwei Resolutionen verabschiedet: Die Bundesfrauenkonferenz fordert die Regierungskoalition auf, ihr Kürzungsprogramm, das besonders zu Lasten der Frauen geht, zurückzunehmen. In einer weiteren Resolution fordert die Bundesfrauenkonferenz den Parteivorstand auf, den Programmentwurf aus feministischer Sicht zu überarbeiten. Feministische Politik gehört in das Herz der Partei und in die Mitte der Gesellschaft.



Christopher-Street-Day in Stuttgart und Mannheim

Bei strahlendem Sonnenschein nahmen auch in diesem Jahr wieder zehntausende Menschen an den politischen Paraden der schwul-lesbischen Community in Stuttgart und Mannheim teil. Fast 80.000 ZuschauerInnen und AktivistInnen säumten in Mannheim die Demoroute, während in Stuttgart – dem größten CSD in Süddeutschland – knapp 200.000 TeilnehmerInnen auf die Straße gingen. DIE LINKE zeigte auch in diesem Jahr mit eigenen Paradewagen und Infoständen Präsenz und warb für das schwul-lesbische Profil der Partei.

Das Motto des Christopher Street Day Rhein-Neckar 2010 „Die Zukunft ist bunt“ bekam überraschend einen besonders aktuellen Bezug, als bekannt wurde, dass die NPD in Ludwigshafen eine Gegendemonstration zur Parade für die Gleichstellung verschiedenster sexueller Orientierungen und Lebensformen angemeldet hatte. Die Veranstalter des CSD, die Spitzen der Städte Mannheim und Ludwigshafen, sowie zahlreiche Organisationen und Parteien, darunter DIE LINKE, stellten sich mit dem Motto „Die Zukunft ist bunt, nicht braun“ ge-

schlossen hinter den Christopher Street Day und seine politischen Forderungen. Die NPD, die 60 Personen angekündigt hatte, musste ihre Demonstration angesichts der Breite des Widerstandsbündnisses kurzfristig absagen.

Der CSD erinnert an den ersten öffentlichen Widerstand von Lesben und Schwulen in der Christopher Street, als die New Yorker Polizei am 28. Juni 1969 versuchte, eine Feier von Schwulen gewaltsam aufzulösen. Seither gilt das Datum als Geburtsstunde der schwul-lesbischen Bewegung. Weltweit begehen Schwule, Lesben und Transgender Jahr um Jahr in vielen Städten den Christopher Street Day mit bunten Paraden und Aktionswochen, um für die rechtliche und soziale Gleichstellung ihrer Identität zu kämpfen.

Von einer echten Gleichstellung sind lesbische und schwule Familien und Lebensformen in Baden-Württemberg jedoch noch weit entfernt. Die Landesregierung verhindert konsequent die Angleichung der Rechtslage und eine diskriminierungsfreie Verpartnerungszeremonie.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Queer der LINKEN ist unter queer@die-linke-bw.de zu erreichen.

linksjugend [solid]

Castor stoppen – Atomkraft stoppen

Liebe Genossinnen und Genossen, Anfang November wird wieder ein Castor-Transport mit strahlenden Abfällen aus Atomkraftwerken durch Deutschland fahren. Bereits jetzt organisiert sich breiter Widerstand. Im Wendland werden viele Aktivistinnen und Aktivisten die Strecke des Castors blockieren. Auch Genossinnen und Genossen der Linksjugend [solid] werden im Wendland dabei sein. Um etwas gegen den Castor-Transport zu unternehmen müssen wir nicht ins Wendland fahren. Der Castor fährt auch an Karlsruhe vorbei oder sogar durch den Karlsruher Bahnhof. Wir unterstützen die Bündnisse in Karlsruhe und Umgebung und rufen alle dazu auf am 5./6. November nach Karlsruhe zu kommen.

Wir werden versuchen, Schlafplätze in Karlsruhe zu organisieren, dass auch diejenigen, die es etwas weiter haben, keine Probleme haben werden, einen Tag früher zu kommen.

Wir wollen uns mit vielen beteiligen und für die Stilllegung aller Atomanlagen streiten, wir wollen mit euch für die Beendigung der Atommülltransporte kämpfen, wir wollen die Energiewende und wir wollen die Vergesellschaftung der Energiekonzerne.

Macht alle mit. Den Aufruf findet ihr unter: www.castor-suedblockade.de

Es wird auch eine Schlafplatzbörse eingerichtet. Die Anmeldung findet ihr auf der Internetseite oder auf der Seite der Linksjugend [solid] Ba-Wü.

Gemeinsam sind wir viele, der Zug ist noch lange nicht durch!



Linksjugend [solid] wählt neue LandessprecherInnen

In der am 19.9.2010 veranstalteten Landesmitgliederversammlung wurde ein neues Team in den LandessprecherInnenrat (LSPR), vergleichbar mit einem Landesvorstand, der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg gewählt: In-

nerhalb eines exklusiven Wahlganges wurden Schatzmeisterin (Lissy Bott) und deren Stellvertreter (Heinrich Freer) bestimmt. Daraufhin folgte die Wahl der weiblichen Mitglieder des LSPR: Anna Riehl, Anni Freinik und Sandra Vincelj. Schließlich wurden die restlichen Plätze besetzt über die gemischte Liste, wieder mit dabei ist Johannes Dohmeyer und Benjamin Krüger – zum ersten Mal im Amt des Landessprechers sind Sebastian Lucke und Lars Hilbig.

Zu erreichen ist der LandessprecherInnenrat per E-Mail: lspr@solid-bw.de

Für ein Jahr wird der neue LandessprecherInnenrat die Kampagnen und politische Arbeit auf Landesebene begründen und somit eine kämpferische Alternative zu verzweifelten Politikverdrossenheit sowie zu neoliberaler Klientelpolitik bilden: Linksjugend [solid] kämpft!

Linksjugend auf der LiMA-regional in Stuttgart

Am 9. Oktober 2010 fand die erste LiMAregional in Stuttgart statt, die von rund 50 Teilnehmern besucht wurde, darunter immerhin 14 Solids. (zur Tagung siehe Bericht auf dieser Seite).

[solid] jetzt auch im Zollernalbkreis

Am 9. Oktober wurde in Hechingen die Basisgruppe Zollernalb des Jugendverbandes [solid] gegründet. Ein dreiköpfiger Sprecherkreis wurde gewählt.

Die Gründungsversammlung in Hechingen benannte als erste Arbeitsschritte die tatkräftige Unterstützung der Protestaktionen gegen das Militärmusik-Ereignis „Bw-Musix“ am 23.10. in Balingen und die Beschäftigung mit der Nazi-Vergangenheit in Hechingen. Dort werde man versuchen, mit einem „Projekt Stolperstein“ an Judenverfolgung in der Zollernstadt zu erinnern.

Der Kreisvorstand der LINKEN Zollernalb begrüßte die Gründung des Jugendverbandes, die verdeutliche, dass der weithin zu beobachtenden Entpolitisierung der Jugend auch entgegengetreten werden könne, wenn man „klare politische und programmatische Alternativen“ aufzeigen könne, wie LINKE-Kreisvorsitzender Jochen Lange in einem Grußwort betonte.

In den Sprecherkreis der LINKEN nahen Jugendorganisation wurden die Schüler Urs Unkauf (17) aus Hechingen und Marcel-Christoph Brückel (17) aus Rosenfeld sowie Andre Angele (34) aus Schömberg gewählt. Die Mitarbeit in [solid] ist in der Altersspanne von 14 bis 35 Jahren möglich, eine Mitgliedschaft bei der LINKEN ist nicht erforderlich.

Kontakt: Urs Unkauf 07471-622203, urs.hechingen.jgr@gmx.net

Erste LiMA regional erfolgreich in Stuttgart

Die erste LiMA regional fand am Wochenende an der Universität Stuttgart unter dem Motto „Linke Medien machen authentisch und vor Ort“ statt. In Fachvorträgen, Workshops und Debatten konnten sich alternative Medienmacherinnen und Medienmacher kundig machen und fortbilden.

Christoph Nitz, Geschäftsführer des veranstaltenden LiMA e.V., eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Er berichtete kurz über die Entstehung des Vereins LiMA und die Erfolgsgeschichte der LiMA, die in diesem Jahr zum siebten Mal als Medienakademie in Berlin mit 950 Teilnehmern stattfand.

Hieraus entstand dann die Idee, das Projekt zu regionalisieren. So findet die erste LiMA regional in Stuttgart statt. Weitere regionale Medienakademien gibt es demnächst in Frankfurt und Erfurt. Nach Einführungen von Alexander Schlager von der Rosa Luxemburg-Stiftung und Thomas Mitsch von den Roten Reportern Baden-Württemberg, beleuchtete der freie Journalist Hermann Abmayr die Frage „Wie verändert die Fünf-Parteienlandschaft die Republik?“

Praxisbezogene Workshops und informative Fachvorträge

In den Workshops beschäftigten sich die Teilnehmer mit Themen wie „Faschismus 2.0“, „Extremismus und politische Gewalt“, übten Bildverarbeitung mit dem freien Programm „GIMP“, besprachen den Umgang mit professionellen Redaktionen und beschäftigten sich mit weiteren interessanten Themen für Medienmacherinnen und Medienmacher. Renate Angstmann-Koch, Vorstandsmitglied der Deutschen Journalistenunion (DJU), moderierte abschließend eine Podiumsdiskussion mit Martin Hofmann (Redakteur Südwestpresse), Peter Streiff (Contraste); Karl-Martin Matt (StattZeitung/stattweb.de Südbaden) und Oliver Hermann (Freies Radio Stuttgart). unter dem Thema „Hofiert, belächelt, totgeschwiegen. Das linke Spektrum in eigenen und klassischen Medien“.

Die 8. Akademie für Journalismus, Medienkompetenz, Bürgermedien und Öffentlichkeitsarbeit wird vom 9. bis 13. März 2011 in Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW), Campus Oberschöneweide stattfinden.

Als Partner wirken auch die Taz, Der Freitag, Neues Deutschland, Deutsche Journalisten Union, Media Maker und die Rosa Luxemburg Stiftung mit.

www.linksfraktion.de/automobilkrise

Auto.Mobil.Krise

Internationale Konferenz vom 28. bis 30. Oktober 2010 in Stuttgart

Auf der internationalen Konferenz »Auto.Mobil.Krise.« der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 28. bis 30. Oktober in Stuttgart geht es insbesondere um die Frage nach der Zukunft der Autoindustrie und einer anderen Mobilität, um Beschäftigungssicherung und Gute Arbeit, Ökologie und E-Autos, eine neue postfossile und sozial gerechte Mobilität, um Konversion und Wirtschaftsdemokratie, um die Bahn für alle, um Daimler sowie um Klimagerechtigkeit. Es geht um eine linke ökologisch-soziale Reformalternative und um die Perspektive einer nachhaltigen Veränderung der Strukturen des Kapitalismus.

Es erwarten Sie Referate und Diskussionen, Filme und Bilder, Netzwerke und Ideen, Konzepte und Kontroversen, Utopien und Alternativen, insgesamt 14 Workshops, drei Debatteforen und vier zentrale Vorträge mit etwa 70 Referentinnen und Referenten, u.a. mit: Tom Adler, (IG Metall, Betriebsrat Daimler), Elmar Altvater (Wissenschaftlicher Beirat Altac), Hans Baur (1. Bevollmächtigter IG Metall Stuttgart), Sieghard Bender (1. Bevollmächtigter IG Metall Esslingen), Peter Conradi (Architekt, ehemals MdB SPD), Michael Gehrmann (Vorsitzender VCD), Hermann Knoflachner (TU Wien), Wolfgang Hoepfner (verdi Stuttgart, Regionalparlament Stuttgart), Johannes Küstner (Brot für die Welt), Monika Lege (Robin Wood), Sabine Leidig (MdB, DIE LINKE), Andreas Leo (car2go, Daimler AG, Jim), Ulla Lötzer (stellv. Fraktionsvorsitzende DIE LINKE), Wolfgang Lohbeck (Greenpeace), Arno Luik (Stern-Autor), Catherine Lutz (Brown University, USA), Jesús Torres Nuño (Euzkadi, Mexico), Werner Reh (BUND), Jürgen Resch (Deutsche Umwelthilfe), Bernd Rixinger (Geschäftsführer verdi Bezirk Stuttgart, DIE LINKE), Rainer Rilling (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Hannes Rockenbach (SÖS), Harald Schumann (Journalist), Sybille Stamm (Landessprecherin DIE LINKE, Baden-Württemberg), Gangolf Stocker (SÖS), Hans-Jürgen Urban (Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall), Sabine Wijs (MdEP, DIE LINKE), Winfried Wolf (Verkehrsexperte)

Veranstaltungsorte: Freitag - Rathaus Stuttgart, Marktplatz 1 / Samstag - DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Straße 20 und Haus der Wirtschaft, Schloßstraße 19

Anmeldung: www.linksfraktion.de/automobilkrise

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 14.09.2010. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

www.linksfraktion.de/automobilkrise

Auto.Mobil.Krise

Internationale Konferenz vom 28. bis 30. Oktober 2010 in Stuttgart

Donnerstag, 28. Oktober 19.00 – 24.00 Uhr
Wagenhallen, Innerer Nordbahnhof 1
Kulturprogramm der Rosa-Luxemburg-Stiftung: **Lange Nacht des Autos**

Freitag, 29. Oktober

15.00 Uhr

Start der Konferenz

Anmeldung ab 13:00, Rathaus Stuttgart

15.30 – 16.45 Uhr

Keynote: Umbau statt Krise? Gute Arbeit.Umwelt.Mobilität.

17.15 – 19.00 Uhr

Einführungsbeiträge

- Globale Ökonomie und Politik des Autos
- Ökologie: Eine kurze Geschichte einschlägiger Naturzerstörung
- Auto, Gesellschaft und Kultur: The United States of Automobiles

20.00 – 21.45 Uhr

Wege aus der Krise - zwischen Strukturkonservatismus und Konversion
Podiumsdiskussion

Samstag, 30. Oktober

9.30 – 10.30 Uhr

Sozial.Ökologisch.Solidarisch. Einstiege in den Umstieg

- Die Zukunftswerkstatt der IG Metall Esslingen
- Global.Solidarisch.Community. – Das Cleveland Modell
- Auto.Frei.Stadt.

11.00 – 16.00 Uhr

14.Arbeitsgruppen zu

- Beschäftigung durch sozial-ökologische Konversion und Industriepolitik
- Postfossile Mobilität und Beschäftigung
- Verkehrspolitische, soziale und kulturelle Räume

17.30 – 19.00 Uhr

Auto.Alternativen.Akteure.

Podiumsdiskussion

19.00 Uhr

Abschluss

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Stand: 14.09.2010. Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, stellv. Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

IMI-Kongress: Europas Staatsbildungskriege: Zerschlagen – umbauen – dirigieren

Im Juli 2010 erklärte der Internationale Gerichtshof die Unabhängigkeitserklärung (nicht aber deren Anerkennung) der unter EU-Verwaltung stehenden serbischen Provinz Kosovo für rechtmäßig. Auch im Sudan wird sich im Januar 2011 der ölfreiche Süden des Landes aller Voraussicht nach vom Norden abspalten – wiederum mit tatkräftiger Unterstützung der EU. Andere Regierungen werden von der Europäischen Union zugleich massiv gegen Rebellengruppen, Protestbewegungen und Sezessionsbestrebungen aufgerüstet. Richtschnur für diese Politik ist nicht das Völkerrecht, sondern die jeweilige Interessenslage, die eben im einen Fall Zerschlagung und Umbau, im anderen die „territoriale Integrität“ eines Landes erfordert.



Generell stellen heutzutage Kriege nur eines von vielen – zudem kostspieliges – Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher und strategischer Interessen dar. Der Auf- und Umbau von Staaten und deren dauerhafte Gängelung unter der Androhung von Zerschlagung gewinnt an Bedeutung. Die Europäische Union hat sich hierfür wie kein anderer weltpolitischer Akteur ein breites Instrumentarium zugelegt. Es reicht von der Nachbarschafts- und Beitritts politik, über Finanzinstrumente, Polizei- und Rechtsstaatsmissionen sowie Sicherheitssektorreformen bis hin zu „harten“ Gewaltmitteln wie EU-Battlegroups,

schneller Eingreiftruppe und umfassenden Interventionen im Verband mit der NATO. Die meisten dieser Instrumente werden derzeit im „Europäischen Auswärtigen Dienst“ zusammengefasst.

Hiermit will die EU eine weltweit führende Rolle beim Umbau von Staaten, der dauerhaften Verwaltung nicht lebensfähiger Protektorate und notfalls auch der gewaltsamen Zerschlagung von Staaten und Regimen einnehmen. Das europäische Instrumentarium für „ferngesteuerte Bürgerkriege“ und die doppelten Standards im Umgang mit instabilen Regionen sowie die dahinterstehenden Interessen möchten wir beim diesjährigen IMI-Kongress herausarbeiten und Gegenstrategien diskutieren.

Programm

Samstag 6. November: Tobias Pflüger: The European Way of War: Staatsbildungskriege, doppelte Standards und die Abwicklung des Völkerrechts ■ Staatenbau mit „sanfter“ Gewalt: • Malte Lühmann: Ziele und Instrumente neoliberaler Außenpolitik • Martin Hantke: Die (Finanz-)Instrumente des Empire Europa • Jürgen Wagner: Eurosphere: Nachbarschafts- und Beitritts politik im „Großraum Europa“ ■ Und bist du nicht willig ... Europas militärischer Kontrollapparat • Arno Neuber: Eingreiftruppe – Battlegroups – Gendarmerie Force: Europas Militärapparat und seine multilaterale Einbettung • Claudia Haydt: „Robuste“ Bevölkerungskontrolle: Repressionsinstrumente vom Drohneinsatz bis zur gezielten Tötung • Jonna Schürkes: Sicherheitssektorreformen als Kontroll- und Besatzungstechnik ■ Martin Hantke: Der Europäische Auswärtige Dienst: Ein State-Building-Instrument für eine imperiale Machtpolitik aus einem Guss

Sonntag 7. November: Staaten zerschlagen – Staaten bauen: Ein Projekt der Europäischen Union ■ Jürgen Wagner: Völkerrechtlicher Amoklauf auf dem Balkan: Mit dem IGH-Gutachten in eine neue Ära der Sezessionskriege? • Claudia Haydt: Sezession und (Nicht-)Anerkennung: Pulverfass Kaukasus • Christoph Marischka: Von Desertec bis zum Golf von Aden – europäische Interessen, Sezession, Putsch und Anerkennung in West- und Ostafrika ■ Zusammenfassung und Ausblick: Internationalismus von unten statt Staatsbildung von oben

Der Kongress wird unterstützt von: Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, DFG-VK Tübingen, attac Tübingen, Rosa-Luxemburg-Forum Baden Württemberg, linksjugend [solid] Baden Württemberg

Trauer um Hermann Scheer

Klaus Ernst und Gesine Löttsch schreiben:

„Mit großer Bestürzung haben wir vom Tod Hermann Scheers erfahren. Die Bundesrepublik verliert einen engagierten Kämpfer für eine radikale Wende in der Energie- und Klimapolitik. Hermann Scheer war ein geradliniger Politiker, der für seine Überzeugungen einstand und Gegenwind aushielt. Sein Tod reißt ein tiefes Loch in die Reihen derer, die für sozialen und ökologischen Fortschritt streiten. Wir trauern um Hermann Scheer. Unsere Anteilnahme gehört seinen Angehörigen und Freunden.“

Ulrich Maurer:

„Der Kampf um die Energiewende und erneuerbare Energie ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Mit Hermann Scheer verlässt uns ein weit-sichtiger Politiker, dessen Ratschläge zu selten gehört wurden.“

Fraktionspublikationen

Im Versandportal der Bundestagsfraktion (www.versand.linksfraktion.net) sind immer geeignete, aktuelle und gut aufbereitete Publikationsmittel zur Verteilung bestellbar. In geringeren Mengen sind die Publikationen auch in den Abgeordnetenbüros vorrätig (hier gibt es auch die Einlog-Daten für das Versandportal zu erfragen).

Die Publikationen beziehen sich auf aktuelle Themen. Hier eine kleine Auswahl:

- Gegen die Rente ab 67: Nein zur Rente mit 67 – Altersarmut verhindern! Folder DIN lang, 6 Seiten
- Rente ab 67 stoppen – Soziale Alternativen durchsetzen! Broschüre DIN A5, 25 Seiten
- Pflegeversicherung: Für eine humane und solidarische Pflegeabsicherung. Folder DIN lang, 6 Seiten
- Arbeitslosigkeit: Weg mit Hartz IV! Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt, Broschüre A5, 24 Seiten
- Feministische Politik: QUERBLICK 16.3.2010, Zeitschrift, Format: B4, 8 Seiten
- Gesundheitspolitik: Gesundheit ist keine Ware! Gesundheitspolitische Positionen der Fraktion DIE LINKE, Folder DIN lang, 6 Seiten
- Finanzpolitik: Finanztransaktionssteuer durchsetzen, Folder DIN lang, 6 Seiten
- Lohnpolitik: Für einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro, Folder DIN lang, 6 Seiten
- Lohndumping verhindern, Leiharbeit strikt begrenzen, Folder DIN lang, 8 Seiten.

Das Landtagswahlprogramm

Original Sozial – vor und nach der Wahl

Das glaubt uns kein Mensch –, dass 51 Genossinnen und Genossen gemeinsam einen Wahlprogrammtext erarbeiten. Beim „Kommunistischen Manifest“ war Karl Marx allein. Zugegeben: Friedrich Engels hat auch noch ein wenig mitgearbeitet.

Die Zeiten sind andere. Besonders bei uns in Baden-Württemberg. Der Landesvorstand entschied, alle, die Zeit und Lust haben, zur Arbeit am Programmtext einzuladen. Dazu wurden unsere Kreisverbände und Landesarbeitsgemeinschaften im Februar 2010 aufgefordert.

Der Startschuss für die Arbeit fiel am 7. März – 31 Genossinnen und Genossen trafen sich in Stuttgart und erarbeiteten Ziel und Plan für den Programmprozess. Das Landtagswahlprogramm sollte „verständlich, jung, sozialistisch und trotzdem landesbezogen und realistisch“ sein.

Kein einfaches Vorhaben.

Die Länge betreffend einigten wir uns auf die Leitlinie „so anspruchsvoll wie nötig – so kurz wie möglich“. Ob uns das bei rund 2000 Zeilen geglückt ist, entscheiden die Mitglieder und Delegierten des Programmparteitages.

Am 7. März wurden fünf Arbeitspakete aus den für die LINKE wichtigen Themen geschnürt und fünf Arbeitsgruppen gebildet. Diese organisierten Termine, Arbeit und inhaltliche Arbeitsteilung autonom.

Dazwischen traf sich immer wieder die ganze Programm-

gruppe – zwischenzeitlich auf 51 Mitglieder angewachsen-, um sich auszutauschen und über den Arbeitsfortschritt zu informieren.

Jetzt liegt der Entwurf vor. Die Präambel (siehe unten) ruft alle uns wichtigen Themen auf, die später detailliert erläutert werden. Die Diskussion in den Kreisen hat begonnen – der Programmparteitag wird am 20./21. November in Stuttgart über das Landtagswahlprogramm entscheiden.

Die Programmgruppe arbeitet weiter an Hintergrundmaterialien, um die KandidatInnen und WahlhelferInnen für Auftritte auf Podiumsdiskussionen, Pressekonferenzen und an den Infoständen zu unterstützen. Themen wie z.B. Landes- und Gemeindefinanzen, ökologische und soziale Umstellung der Wirtschaft, Bildung, Gesundheit in Baden-Württemberg, Finanzierung unserer Forderungen etc.

Die Arbeit am Programmtext war intensiv, zeitaufwendig, oft kontrovers, manchmal stressig – wie breite demokratische Prozesse so sind – aber auch erfreulich konstruktiv und produktiv. Auf diesen Arbeitsprozess und das Ergebnis können wir stolz sein.

Für die Landtagswahl-Programmgruppe

Sybille Stamm und Christoph Cornides

Den Entwurf des Landtagswahlprogramms findet man auf www.die-linke-bw.de. Eine Powerpoint – Präsentation des Textes ist bei den Kreisvorständen oder im Landesbüro abrufbar.

Präambel Entwurf des Landtagswahlprogramms

Ein Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit ist nötig – und möglich

Baden-Württemberg ist ein Bundesland, das noch von sogenannten alten Stärken zehrt. Aber diese Stärken, das macht die Krise deutlich, sind auch die Schwächen – bereits von heute, erst recht von morgen. Das Land ist einseitig auf Automobilindustrie und Maschinenbau ausgerichtet und exportabhängig wie kein anderes Bundesland. Es hat eine schlechte Regierung und im Landtag eine Opposition, die so schwach ist, dass man sie kaum Opposition nennen kann. Die Spaltung der Gesellschaft zwischen Reich und Arm – dass die Reichen reicher und die Armen mehr und ärmer werden – schreitet wie in ganz Deutschland auch in Baden-Württemberg immer schneller fort.

Die von der Regierung Schröder/Fischer verschärfte Politik der sozialen Spaltung durch die Hartz-Gesetze, die Ausweitung des Niedriglohnssektors und die moderne Form der Sklavenhaltung, die sich Zeitarbeit nennt, ist durch die Regierung von CDU und FDP in Baden-Württemberg ungebremst fortgesetzt und weiter vertieft worden. Dabei zeigt die Kombination der Politik der Hartz-Gesetze mit dem von CDU und FDP stur verteidigten dreigliedrigen Schulsystem und der Verweigerung eines ganztägigen Bildungsangebots eine besonders unheilvolle Wirkung. Die von SPD und Grünen verschärfte soziale Spaltung wird durch das bestehende Bildungssystem zusätzlich verfestigt. Nirgendwo in Deutschland hängen Bildungschancen so sehr von Einkommen und Vermögen der Eltern ab wie in Baden-Württemberg und Bayern.

Auch mit der nahezu totalen Abhängigkeit von der Exportindustrie steht Baden-Württemberg für die Zuspitzung der deutschen Misere. Der Dienstleistungssektor ist vergleichsweise unterentwickelt. Die Entwicklungen der Medienindustrie wurden verschlafen. Bei den Finanzdienstleistungen wird der ursprünglich chancenreiche Sparkassensektor durch die Belastungen einer miserabel geführten Landesbank zunehmend erdrückt. Sie sitzt auf riesigen Beständen sogenannter

toxischer Papiere, notleidender Kredite, riskanter Staatsanleihen und Immobilienengagements.

Die lange Zeit von der SPD mitgetragene Politik der Privatisierung des öffentlichen Sektors und der Altersvorsorge und die ursprünglich auch von der SPD befürwortete Einführung von Studiengebühren haben das Land nicht ökonomisch gestärkt, sondern seine Zukunftschancen verringert. Der Verkauf seines landeseigenen Energieunternehmens und der Technischen Werke der Stadt Stuttgart an den französischen Staatskonzern EDF waren extreme Fehlentscheidungen des Landes und der Landeshauptstadt. Dass die daraus erzielten Erlöse – verbunden mit zusätzlichen Haushaltsbelastungen – jetzt in ein geradezu beispielloses Projekt politischer Fehlplanung und Fehlentscheidungen namens Stuttgart 21 gesteckt werden, erregt zu Recht den Zorn und den Widerstand der Bevölkerung.

Bezeichnenderweise wurden und werden sowohl die Misere der Landesbank als auch das Milliardengrab Stuttgart 21 unter vollständiger Einbeziehung der Landes-SPD abgewickelt. Der von der CDU und FDP massiv betriebene Personalabbau zeigt gravierende Folgen, nicht nur bei Schulen, Hochschulen und im Gesundheitssystem, sondern auch bei der öffentlichen Sicherheit. In der Finanzverwaltung wurde Baden-Württemberg geradezu zu einem Paradies für Steuerhinterzieher. Das hinderte die schwäbische und badische Geldaristokratie nicht daran, erhebliche Teile des so erworbenen Geldvermögens in die benachbarte Schweiz zu bringen.

Städte und Gemeinden sind nach 25 Jahren neoliberaler Politik finanziell geschwächt durch dramatische Einbrüche der Gewerbesteuererträge, aber auch durch die Verlagerung zusätzlicher Leistungen ohne finanziellen Ausgleich von Bund und Land. Sie sind immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Eine jahrzehntelange rechtskonservative Politik hat dazu geführt, dass Baden-Württemberg in Fragen der Gleichberechtigung von Frauen den Anschluss weitgehend verloren hat. Die Landesregierung propagiert immer noch die Hausfrauen- und Versorger-Ehe, in der sich Frauen „freiwillig“ die Haus- und Erziehungsarbeit aufbürden und eine qualifizierte und existenzsichernde Erwerbsarbeit für sie untergeordnete Bedeutung hat.

Baden-Württemberg hat mit 24,8 Prozent den höchsten Anteil von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund. Die Landesregierung hat zwar im Jahr 2008 einen Landesintegrationsplan herausgegeben, vertritt jedoch immer noch keine flächendeckende und angemessene Integrationspolitik.

Die CDU/FDP verfolgt in Baden-Württemberg eine Innen-, Rechts- und Staatspolitik, die sich am Leitbild eines bevormundenden Obrigkeitsstaates orientiert, der die Bürgerinnen und Bürgern zu Bittstellern in Bezug auf eigene Rechte und Informationen macht, ihnen misstraut und sie bei wichtigen Entscheidungen möglichst ausschließt. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern bestehen in Baden-Württemberg erhebliche Defizite an Demokratie und Bürgerrechten. Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sind gering.

Auf dem ökologisch entscheidenden Feld der alternativen Energieerzeugung ist Baden-Württemberg Entwicklungsland. Die Stromerzeugung aus Windkraft wurde und wird systematisch blockiert, die Entwicklung der Solarindustrie liegt im Ländervergleich weit zurück. Der Versuch einiger Stadtwerke, Alternativen zur atomenergieabhängigen Unternehmensstrategie der ENBW zu schaffen, wurde durch die Landesregierung nach allen Regeln der Kunst behindert. Die CDU/FDP-Landesregierung, angeführt durch Ministerpräsident Mappus, ist eine der größten Verfechterinnen der Verlängerung von AKW-Laufzeiten. Bei den Landwirtschaftssubventionen wird nach dem Gießkannenprinzip verfahren und auf die Durchsetzung ökologischer Standards verzichtet.

Am 1. September 2010 legte die Bundesregierung das so genannte „Sparpaket“ vor, mit dem nach jahrelangen Steuersenkungen für Unternehmen, Wohlhabende und Reiche jetzt Millionen und Milliarden ausgerechnet den Arbeitslosen und Lohnabhängigen aufgebürdet werden sollen. Kurz danach folgte der Entwurf zur „Gesundheitsreform“ der Bundesregierung. Sie soll 2011 in Kraft treten. Sie ist neben ihren sozial ungerechten Einzelmaßnahmen überhaupt die Aufkündigung der letzten Reste von Solidarversicherung. Und die Position der Landesregierung dazu? Für Ministerpräsident Mappus geht das noch längst nicht weit genug. Er fordert weitere Einsparungen zu Lasten der sozial Schwachen. Das ist nicht nur sozial ungerecht, das ist der blanke Hohn angesichts der tatsächlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Millionen von Menschen.

Das zeigt, was die Wählerinnen und Wähler von einer Fortsetzung der CDU/FDP Politik in Baden-Württemberg zu erwarten haben.

Wofür DIE LINKE steht

Nachdem die Linke im Bundestag, in der Mehrzahl der Landtage, bundesweit und in Baden-Württemberg in Gemeinderäten und Kreistagen vertreten ist, kämpft sie in Baden-Württemberg um den Einzug in den Landtag.

Die LINKE steht für Alternativen – für eine bessere Zukunft, für soziale, demokratische und solidarische wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verhältnisse im Land.

In den Parlamenten, in Gemeinderäten und Kreistagen, gemeinsam mit vielen in gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Bewegungen tritt DIE LINKE ein:

- Für ein Leben in sozialer Sicherheit – für die Abschaffung von Hartz IV
- Für ein Recht auf gute, existenzsichernde Arbeit
- Für gute, gebührenfreie und für alle zugängliche Bildung von der Krippe an
- Für eine armutsfeste gesetzliche Rente – für die Ablehnung der Rente mit 67
- Für eine solidarische Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege – medizinische Versorgung und Pflege darf keine Frage des persönlichen Geldbeutels sein
- Für ein sozial gerechtes Steuersystem
- Für Frieden und Abrüstung, gegen Imperialismus und Krieg
- Für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
- Für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft
- Für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung

Gerade weil DIE LINKE in der Vertretung dieser Ziele und zur Verwirklichung der Bedürfnisse aller Menschen auch die Notwendigkeit sieht, kapitalistisch bestimmte gesellschaftliche Strukturen und Verhältnisse zu überwinden, kann sie um so entschiedener aktuell für notwendige strukturverändernde Reformen eintreten und nicht nur für Maßnahmen, die die gegenwärtigen Verhältnisse zementieren. DIE LINKE ist eben nicht der Absicherung und Mehrung von persönlichem Reichtum verpflichtet. Deshalb ist sie zum Beispiel entschieden für eine grundsätzliche Änderung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, für eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und Reichtum und für eine Umverteilung „von Oben nach Unten“. Das ist notwendig für diejenigen, die heute benachteiligt, ausgegrenzt und in Abhängigkeit leben und arbeiten müssen und es ist vernünftig – auch für diejenigen, denen es besser geht.

DIE LINKE im baden-württembergischen Landtag

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Landespolitik und die geplanten Gesetze und Maßnahmen im Landtag gemessen werden an den Zielen:

- soziale Gerechtigkeit
- Bildungsgerechtigkeit und gemeinsames Lernen
- existenzsichernde Arbeit
- mehr Demokratie und eine solidarische Politik im Land
- Stärkung der Kommunen und Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung
- sozial gerechte Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben des Landes in Baden-Württembergs Städten und im ländlichen Raum (Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Verwaltung, Infrastruktur)
- sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft

Selbstverständlich ist sich DIE LINKE darüber im Klaren, dass sie weder alleine etwas noch sofort alles ändern kann.

Wir wollen schrittweise vorgehen und Schwerpunkte setzen:

- Entschiedener Widerstand gegen jeden weiteren Sozialabbau des Bundes über den Bundesrat; Einführung eines regelmäßigen Armuts-/Reichtumsberichts der Landesregierung; Einführung eines Baden-Württemberg-Sozialpasses;
- Stopp des Personalabbaus im öffentlichen Sektor, besseres Angebot in Bildung und Gesundheitswesen;
- Bekämpfung der Kinderarmut und Durchsetzung flächender Versorgung mit Kitaplätzen im Land;

- Einführung eines Schulsystems, das auf längerem, gemeinsamem Lernen, stärkerer Förderung der Kinder und Jugendlichen und völliger Kostenfreiheit bei flächendeckendem ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangebot beruht. Für das Recht auf einen Ausbildungsplatz;
- Demokratisierung des öffentlichen Sektors, Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, Erweiterung der Mitbestimmung und die Erleichterung von Volksentscheiden, eine grundlegende Reform des Landeswahlrechts;
- Gleiche Rechte und Lebensmöglichkeiten für alle im Einwanderungsland Baden-Württemberg – gleiche Rechte und Chancen für Migrantinnen und Migranten, mehr Schutz für Asylsuchende, Flüchtlinge und für Menschen ohne gesicherten Aufenthalt; Auflösung der Abschiebegefängnisse;
- Für ein Landes-Gleichstellungs-Programm mit gezielter Frauenförderung;
- Keine Chance für Rassismus und Neofaschismus; für das Verbot faschistischer Organisationen;
- Transparenz, Öffentlichkeit, Demokratie in der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit des Landes – Reform des Polizei- und des Strafvollzugsgesetzes;
- Gezielte Förderung aller Formen alternativer Energieerzeugung verbunden mit der Stilllegung der Atomkraftwerke;
- Gezielte Förderung des öffentlichen Verkehrs in den Ballungsgebieten wie in der Fläche und Verzicht auf das Projekt Stuttgart 21;
- Mehr Personal in den Finanzämtern, gezielte Verfolgung von Steuerhinterziehung und damit eine nachhaltige Verbesserung der Staatseinnahmen.

Und schließlich:

Nur mit der LINKEN im Landtag wird ein möglicher Politikwechsel zu einem tatsächlichen Politikwechsel für mehr soziale Gerechtigkeit.

Die SPD hat hinreichend bewiesen, dass sie nur unter Druck der LINKEN im Parlament und von Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen soziale Positionen aufnimmt und vertritt. Die Grünen werden diesen notwendigen Druck nicht ausüben, denn soziale Gerechtigkeit und die Umverteilung von Armut und Reichtum ist nicht gerade ihr Hauptanliegen. Nur der Einzug der LINKEN in den Landtag wird SPD und Grüne vor die Frage stellen, ob sie als unterwürfige Koalitionspartner der CDU existieren oder wirklich eine Politikwende einleiten wollen.

Nur mit der LINKEN im Landtag kommt mehr soziale Gerechtigkeit in die Landespolitik in Baden-Württemberg und nur bei der LINKEN gilt: „Original sozial – vor und nach der Wahl“.

Aus der Diskussion um den Entwurf zum Landtagswahlprogramm 2011:

Religion und Gesellschaft und die Trennung von Kirche und Staat

Der nachfolgende Absatz war Teil des von der Unterarbeitsgruppe „Demokratie, Bürgerrechte“ in der Arbeitsgruppe Landtagswahlprogramm 2011 vorgelegten Abschnitts zu Religion und zu der Trennung von Kirche und Staat. Die Tagung der Gesamtarbeitsgruppe Landtagswahlen 2011 war im Konsens der Auffassung, dass auf Grund bisher fehlender Diskussion dieser Fragen in der LINKEN Baden-Württemberg, dieser Abschnitt zunächst im Landesverband diskutiert werden sollte. Er war vorgesehen nach dem jetzt veröffentlichten Entwurfsabschnitt Religion.

(E. Wunder, C. Cornides)

Daraus folgt konkret für die aktuelle Politik:

Der Diskriminierung von Muslimen ist entschieden entgegen zu treten. Auch der Islam ist – nicht anders als das Christentum – eine historisch vielfältige und achtenswerte religiöse Strömung, die nicht als Feindbild instrumentalisiert werden darf. DIE LINKE verteidigt das Recht von Muslimen auf eigene Gebetsräume, also den Bau von Moscheen.

Die Äußerung von religiöser oder weltanschaulicher Orientierung gehört – wie jede persönlich begründete, aber öffentlich vertretene Ansicht – zu den persönlichen Freiheitsrechten. (Dazu zählen auch das Tragen von Kreuzen, „das Kopftuch“, soweit es denn überhaupt religiös begründet ist, Piercings etc.) Diese persönlichen Äußerungen haben die Rechte anderer zu respektieren und zu achten und finden Ihre Grenzen in den Freiheitsrechten der anderen Bürgerinnen und Bürger.

Staatliche Schulen haben in religiöser Hinsicht neutral zu sein. Das gilt auch für die Ausstattung der Schulräume. In wieweit das Tragen religiöser Symbole bei der Ausführung öffentlicher Aufgaben (durch den/die Lehrer/in, den/die Verwaltungsbeamte/in) im Gegensatz zur öffentlichen Aufgabe steht und Rechte der persönlichen Meinungsäußerung zurückstehen müssten, lässt sich nur im konkreten Konfliktfall klären. Jedenfalls ist nicht ersichtlich, inwiefern das Tragen eines Kopftuches – das noch dazu nicht unbedingt nur religiös

orientiert sein muss – dem öffentlichen Lehrerauftrag widerspricht. Also muss es akzeptiert werden, allemal, wenn das Tragen tatsächlich eindeutig religiöser Kleidungsstücke – z.B. einer Ordenstracht oder eines Priesterkragens – bei Lehrern/innen auch in öffentlichen Schulen hingenommen wird.

- Die Beschäftigung mit religiösen, weltanschaulichen und ethischen Fragen ist ein wichtiger Teil des Lebens und der allgemeinen Bildung. Deshalb spricht sich die DIE LINKE dafür aus, dass diese Fragen an der Schule in einem eigenen Schulfach behandelt werden. Dazu allerdings die Schülerinnen und Schüler nach Konfessionszugehörigkeit zu trennen, hält DIE LINKE für einen pädagogisch überholten Irrweg von vorgestern. Erst durch konfessionsübergreifendes gemeinsames Lernen entsteht gegenseitiges Verständnis und Toleranz.
- DIE LINKE spricht sich deshalb dafür aus, den derzeit in Baden-Württemberg noch strikt nach Konfessionen getrennten Religionsunterricht zugunsten eines allgemeinen Schulfaches zu Religion und Ethik zu überwinden, wie dies in einigen anderen Bundesländern schon geschehen ist. Dafür sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.
- DIE LINKE fordert langfristig, generell keiner Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften mehr den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zuzubilligen (also weder, wie aktuell diskutiert den Zeugen Jehovas noch den großen Kirchen), zumal dies der weltanschaulichen Neutralitätspflicht des Staates zuwider läuft. Auch einige mittlerweile längst überholte Privilegien, die die großen Kirchen seit der Säkularisation 1803 genießen und ein Relikt aus Zeiten des Staatskirchentums sind, sind zu überprüfen und abzuschaffen. Alle demokratischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollen in wirklich jeder Hinsicht gleich gestellt sein und dürfen nicht vom Staat einseitig bevor- oder benachteiligt werden.

Aus dem Landeswahlbüro – Der Wahlkampf 2011

Wo wir hinwollen und wo wir stehen

Ziel des Wahlkampfes der Südwest-LINKEN ist es, den Menschen die uns brauchen, eine Stimme im Parlament zu geben. Dafür wollen wir am 27. März mit mindesten 5% der Stimmen erstmalig in den Baden-Württembergischen Landtag einziehen. Kernelemente unseres Wahlangebots sind die Abwahl von Schwarz-Gel(d)b und die Absicherung einer sozialen Opposition im Landtag, unabhängig von allen nach der Wahl denkbaren Regierungskonstellationen.

Thematisch stehen wir – in aller Kürze – für ein soziales Bildungssystem von der Kita bis zur Berufsausbildung, gegen die Privatisierung öffentlicher Betriebe, für einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie, für existenzsichernde Löhne, für eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen, den Ausbau von Demokratie und Mitbestimmung und eine konsequentes Vorgehen gegen Armut und die Hartz-IV-Gesetze. Und wir werden es nicht zulassen, dass die soziale Schieflage des Landes auf dem Rücken von MigrantInnen ausgetragen wird.

Vorbereitungen im Landeswahlbüro

Im Landeswahlbüro laufen derzeit die organisatorischen und finanziellen Planungen auf Hochtouren. Rund 15 Mitglieder aus dem Landesvorstand und der Regionalbüros arbeiten daran. Neben Unterstützung der Unterschriftensammlung und der Programmdebatte geht es nun in die konkrete Erstellung unserer Wahlkampfmittel und die Schaffung der organisatorischen Rahmenbedingungen. Auf der Tagesordnung stehen auch die Bildungsangebote. Eine Gesamtübersicht geht an die Kreisvorstände und alle 70 KandidatInnen.

Wir wollen im Wahlkampf möglichst viele Menschen erreichen und gezielt die, die uns schon einmal bei der Bundestagswahl gewählt haben. Das waren in BaWü 7,2 %, und das sind die, die sich aus ihrer Lebenssituation heraus mit unseren Aussagen identifizieren können, aber in den letzten Jahren immer weniger an Wahlen teilgenommen haben. Diese Menschen müssen wir erreichen, und ihnen müssen wir erklären, warum es Sinn macht, diesmal auch im Land DIE LINKEN zu wählen. Kurz gesagt: unser Einzug in den Landtag hängt davon ab, ob wir in der Fläche präsent sind und die wichtigen Wählergruppen erreichen: Erwerbslose, RentnerInnen, Junge, Angestellte, VerkäuferInnen, ArbeiterInnen, kleine Selbstständige und HandwerkerInnen.

Der Landtagswahlkampf beginnt jetzt und geht bis zum 27. März 2011

Der Vorwahlkampf beginnt jetzt und wird eingeleitet mit unserer Beteiligung an den landesweiten Protesten gegen Sozialabbau und Stuttgart 21. Und er hat schon begonnen mit Unterschriftensammlung für unsere Wahlteilnahme. Dazu begleitend hat der Landesverband eine Stuttgart21-Aktionszeitung an die Kreisverbände verschickt. Es folgt ein Mobilisierungsflugblatt für den 13.11. und eine Mitmachpostkarte, mit der wir weitere UnterstützerInnen gewinnen wollen. Wir empfehlen Veranstaltungen, Protest und Unterschriftensammlung zu verbinden.

Im Dezember wollen wir mit einer ersten Wahlkampfzeitung in die Wohngebiete und Ortschaften gehen. Wir möchten mögliche WählerInnen frühzeitig erreichen und ihnen Argumente schon unter den Weihnachtsbaum legen, warum es mit einer Wahl von Grünen und SPD diesmal nicht getan ist. Dazu gilt es jetzt

in den Kreisverbänden die notwendigen Schritte einzuleiten, die es bedarf, eine große Menge Zeitungen in Wohngebieten zu verteilen.

Im Januar werden wir die ersten Wahlkampfmaterialien an die Kreise ausliefern. Darunter Personenplakate und Flyer für 70 KandidatInnen, vier bis fünf Themenplakate, Wahlzeitungen, Themenflyer, Kurzwahlprogramme und verschiedene Give-Aways, wie Feuerzeuge und Kugelschreiber. Bitte schafft in den Kreisen die notwendigen Lagerkapazitäten.

Bitte an die Kreisverbände

Wir bitten die Kreise folgendes bis Mitte November vorzubereiten:

- Benennung eines Wahlkampfansprechpartners in den Wahlkreisen (Name, Anschrift, Tel, Email)
- Festlegung einer ebenerdigen Anlieferadresse für Material (Platzbedarf etwas 5 bis 6 Quadratmeter) inkl. Ansprechpartner vor Ort.
- Organisatorische Vorbereitungen für das Verteilen von Wahlkampfzeitungen
- Erstellung eines Finanzplans zur Beantragung von Landesmitteln in Höhe von ca. 1500 Euro pro Wahlkreis.

Hauptwahlkampfphase ist der Februar und der März.

Hier sollen unserer Großveranstaltungen mit Gysi, Lafontaine und anderen stattfinden. Infoabende und Infostände in den zentralen Orten und in den Wohngebieten sollen organisiert werden. Unsere Plakate werden wir diesmal direkt auf die Plakatträger drucken, so dass ein Aufziehen von Papierplakaten – im Winter – weitgehend entfällt. Das gilt für die Themenplakate. Ausnahme: Personenplakate müssen auf die Träger aufgezogen werden. Landesweit werden zusätzlich Großflächen-Plakate aufgestellt werden. In dieser Zeit ist es wichtig, mit möglichst vielen Menschen in Kontakt zu kommen und mit vielen kleinen Wahlkampfteams in der Fläche präsent und sichtbar zu sein.

Kurz vor Schluss

Kurz vor Schluss wollen wir noch einmal alles geben. Mit einer zweiten Zeitung in Großauflage soll auf aktuelle Ereignisse eingegangen werden und noch einmal die Rolle der LINKEN als echte soziale Opposition im künftigen Landtag herausgearbeitet werden. Dann heißt es, die Zeitungen da zu verteilen, wo man im Wahlkampf positive Rückmeldungen bekommen hat und die eigenen Materiallager zu plündern – alles raus! Immer mehr Menschen entscheiden sich erst kurz vor der Wahl.

Auf unsere noch kleine Landespartei kommt eine große Aufgabe zu. Wir brauchen eine gute Kommunikation untereinander, um in der Fläche zu agieren. Thematisch stellen wir die sozialen Themen in den Vordergrund und beanspruchen, dass wir politisch verlässlich sind: Sozial auch nach der Wahl! Wir machen nicht nur die Abwahl von Mappus und Co möglich, sondern stehen darüber hinaus dafür, Druck zu machen für einen sozialen Politikwechsel im Land.

Gregor Mohlberg (Mitglied im Landesvorstand, Landeswahlbüro)



Die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN

1 Stuttgart I	Christoph Ozasek
2 Stuttgart II	Brigitte Tilgner
3 Stuttgart III	Reiner Hofmann
4 Stuttgart IV	Marta Aparicio
5 Böblingen	Karin Weirich
6 Leonberg	Günter Roth
7 Esslingen	Tobias Hardt
8 Kirchheim	Bernd Luplow
9 Nürtingen	Wolfgang Braun
10 Göppingen	Christian Stähle
11 Geislingen	Sabine Rösch-Dammenmiller
12 Ludwigsburg	Hans-Jürgen Kemmerle
13 Vaihingen	Peter Schimke
14 Bietigheim-Bissingen	Walter Kubach
15 Waiblingen	Reinhard Neudörfer
16 Schorndorf	Jörg Drechsel
17 Backnang	Prof. Dr. Titus Simon
18 Heilbronn	Elke Ehinger
19 Eppingen	Peter Stender
20 Neckarsulm	Ralf Ritter
21 Hohenlohe	Richard Neumann
22 Schwäbisch Hall	Richard Neumann
23 Main-Tauber	Rolf Grüning
24 Heidenheim	Horst Mack
25 Schwäbisch Gmünd	Susanne Kempf
26 Aalen	Roland Hamm
27 Karlsruhe I	Elwis Capece
28 Karlsruhe II	Michael Fischer
29 Bruchsal	Thurid Feldmann
30 Bretten	Heinz-Peter Schwertges
31 Ettlingen	Michael Fischer
32 Rastatt	Nobert Masson
33 Baden-Baden	Sebastian Hildebrand
34 Heidelberg	Bernd Zieger
35 Mannheim I	Roland Schuster



Auf einer Kreismitgliederversammlung am Sonntag, 26. September, wurden im Bürgerzentrum West die KandidatInnen der Linken für die vier Stuttgarter Wahlkreise gewählt. In einer harmonisch verlaufenden Wahl wurde der 23-jährige Sozialwissenschaftler Christoph Ozasek (Im Bild rechts), Regionalrat und Mitglied im geschäftsführenden Kreisvorstand, für den Wahlkreis Stuttgart I gewählt. Im Wahlkreis Stuttgart II wurde die Rechtsanwältin Brigitte Tilgner (zweite von rechts) nominiert. Die 61-jährige unterhält eine Kanzlei in Stadtmitte. Für den Wahlkreis Stuttgart III kandidiert Reiner Hofmann. Der 57-jährige ist gelernter Bankkaufmann, Betriebswirt und Porschebetriebsrat. Im Wahlkreis IV ist gewählt Marta Aparicio, Abteilungsleiterin der VHS Stuttgart und Mitglied im Landesvorstand der Linken.



Freiburg: Unsere KandidatInnen zur Landtagswahl: Freiburg-Ost – Kandidat: Armin Wolff; Ersatzbewerber: Thomas Langner. Freiburg-West – Kandidat: Lothar Schuchmann; Ersatzbewerberin: Uta Spöri

36 Mannheim II	Jutta-Graf-Baier
37 Wiesloch	Nominierung steht noch aus
38 Neckar-Odenwald	Burkhard Malotke
39 Weinheim	Matthias Hördt
40 Schwetzingen	Heinrich Stürtz
41 Sinsheim	Christoph Rehm
42 Pforzheim	Claus Spohn
43 Calw	Ronny Schmidt
44 Enz	Uwe Riehl
45 Freudenstadt	Rolf Eberhard
46 Freiburg I	Dr. Armin Wolff
47 Freiburg II	Prof. Dr. Lothar Schuchmann
48 Breisgau	Hanspeter Egel-Fischer
49 Emmendingen	Monika Strub
50 Lahr	Lukas Oßwald
51 Offenburg	Reinhard Bross
52 Kehl	Esther Bross
53 Rottweil	Franz Josef Sängler-Kolb
54 Villingen-Schwenningen	Tobias Stützer
55 Tuttlingen	Hans-Ulrich Bünger
56 Konstanz	Bernhard Hanke
57 Singen	Michael Krause
58 Lörrach	Günter Gent
59 Waldshut	Joerg-Uwe Sanio
60 Reutlingen	Petra Braun-Seitz
61 Hechingen-Münsingen	Eberhard Jaensch
62 Tübingen	Bernhard Strasdeit
63 Balingen	Ralf Fenske
64 Ulm	Nominierung steht noch aus
65 Ehingen	Eva-Maria Glathe-Braun
66 Biberach	Uli Widmann
67 Bodensee	Roberto Salerno
68 Wangen	Reinhard Gumz
69 Ravensburg	Gotthilf Lorch
70 Sigmaringen	Ali Yalcin

Linke Doppelspitze zur Landtagswahl

Der Landesvorstand beschloss auf seiner Sitzung am 15. Oktober einstimmig, dem Landesparteitag einen Personalvorschlag für die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl am 27. März 2011 zu machen. Der Vorschlag lautet: Martha Aparicio (WK Stuttgart IV) und Roland Hamm (WK Aalen) sollen am 20. November als Spitzenduo nominiert werden und DIE LINKE im Landtagswahlkampf vertreten.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
 Bernd Riexinger, Tel.: 0711-639771, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
 Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
 Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332-4988, mobil: 0162-9231196, eMail: roeda@gmx.de
 Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
 Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de
 Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583-1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541-55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152-52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-prohandel@web.de

Emmendingen

Adelbert Ringwald, 79215 Elzach, Tel.: 07682-328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Esslingen

Bernd Heinrich Freer, 72622 Nürtingen, Tel.: 07022/67739, Mail: heinrichfr@gmail.com, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Mail: dorothee.diehm@igmetall.de • Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332-4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/ Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de
 Detlef Gräser, Panoramastr. 17, 69198 Schriesheim, Tel.: 06203/661621, Mail: detlef.graesser@dielinke-rhein-neckar.de
 Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel.: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940-931750, Mail: ErnstKern@gmx.de.

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, • Barbara Hoffmann, Kornwestheim, Tel.: 0177-340 4500, eMail: fbh.hoffmann@t-online.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB)
 Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-312681, Mail: marten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Über Geschäftsstelle DIE LINKE Heidelberg/ Rhein-Neckar, Tel.: 06221-7293533, info@dielinke-rhein-neckar.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenuau.de • Sören Becker, 77731 Willstätt, Tel.: 0171-7932024, Mail: soeren.becker@dielinke-ortenuau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Reinhard Gumz, 88353 Kißlegg, Tel.: 07563-8202, Mail: gumz.girbig@t-online.de, Net: www.linksparterie-ravensburg.de

Rems-Murr

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de • Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: paul-wachter@t-online.de, Tel.: 07461-6558

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Ostrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.dielinke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg am Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, • eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de • Walter Schmid, Fon/Fax 07331/44625, eMail: r.u.w.schmid@web.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433-9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Europa

Bernd-Otto Kuper, Berner Str. 3, 79109 Freiburg, Tel.: 0761-54871, eMail: bokuper@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: staehle@linke-stadtrat-goepplingen.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331-824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte

Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071-639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Heinrich Dubell, Tel.: 0174-3874071, eMail: h.dubell@email.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen

DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • **Heidelberg:** www.sds-heidelberg.de • **Karlsruhe:** die-linke@usta.de • **Konstanz:** Martin Berger@gmx.de • **Ludwigsburg:** urdenc@gmail.com • **Mannheim:** sds@dielinke-ma.de • **Tübingen:** www.solid-sds.de •

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sascha.wagener@linksfraktion-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net • Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, sascha.wagener@linksfraktion-bw.de • Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dielinke-rv-stuttgart.de

24 Mandate der LINKEN in 17 Kreistagen

Biberach, Ulrich, Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen,** Ronald Borkowski, bkx.leo@t-online.de, Leonberg • **Bodensee,** Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen,** Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim,** Horst Mack, kanzlei@beuerle.de, Heidenheim • **Heilbronn,** Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Konstanz,** Michael Krause, michaelkr79@web.de, Konstanz • **Ludwigsburg,** Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke, peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber,** Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau,** Reinhard Bross, reinhardbross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb,** Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.

de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg,** Till Bastian Dr., till.bastian@ravenburg2009.de, Isny • **Rems-Murr,** Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen,** Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar,** Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de, Leimen • **Tübingen,** Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen • **Zollernalb,** Eberhard Jaensch, eberhard.jaensch@web.de, Hechingen

39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen,** Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg,** Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, h.g@linke-liste-freiburg.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen,** Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen,** Christian Staehle, staehle@linke-stadtrat-goepplingen.de • **Heidelberg,** Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorenz@onlinehome.de • **Heidenheim,** Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn,** Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe,** Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl,** Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz,** Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, lago2@aol.de • **Kornwestheim,** Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr,** Lukas Oßwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen,** Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg,** Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim,** Gudrun Kuch, gudrun.kuch@mannheim.de; Thomas Trüper, trueper@aol.com • **Pforzheim,** Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen,** Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar,** Emanuel, Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd,** Peter, Müller, peter.müller.sg@gmx.de; Sebastian, Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen,** Richard, Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen,** Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart,** Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen,** Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm,** Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim,** Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

„Merkel und Co spalten das Land!“



Klaus Ernst ist seit 2010 Parteivorsitzender der LINKEN und Mitglied der Bundestagsfraktion.

Klaus Ernst in Freiburg
2. November - 19 Uhr
 Saal der Hebelschule
 Engelbergerstr. 2 (Nähe Bf)

Öffentliche Veranstaltung.
 Getränke zu kleinen Preisen.
 Kein Eintritt.

DIE LINKE

■ **„Merkel, Mappus und Co spalten das Land!“**

Klaus Ernst (Parteivorsitzender der LINKEN) kommt nach **Freiburg**. 2. November, Beginn 19 Uhr. Großer Saal der Hebelschule, nahe Straba-Haltestelle Eschholzstraße. Eintritt frei, Getränke zu kleinen Preisen.

■ **Demokratisierung der Wirtschaft – Ausweg aus der Krise**

Heinz Bierbaum kommt zu Veranstaltungen nach **Esslingen** und **Herrenberg**.



Prof. Dr. Heinz Bierbaum ist stellvertretender Parteivorsitzender der LINKEN und Mitglied im saarländischen Landtag, dort auch finanzpolitischer Sprecher der Fraktion. Er ist zu Gast bei diesen beiden Veranstaltungen:

Mittwoch, 3. November, 19 Uhr, Gewerkschaftshaus **Esslingen**, Julius-Motteler-Straße 12. Thema: Regionalfonds: Demokratisierung der Wirtschaft – Ausweg aus der Krise, eine Veranstaltung des KV Esslingen in Kooperation mit der LAG b&g.

Donnerstag, 4. November, 19 Uhr, Klosterhof **Herrenberg**, Raum 3.2, Bronngasse 13. Thema: Das will DIE LINKE, eine Veranstaltung des KV Böblingen in Kooperation mit der LAG b&g.

■ **Gerechtigkeit für die Kundus-Opfer**

Am Dienstag, 2. November in **Stuttgart**, 19 Uhr, *Gewerkschaftshaus, Willi-Blei-

cher-Str. 20, mit den MdBs: Heike Hänsel und Michael Schlecht. 140 Menschen starben in der Nähe von Kundus am 4. September 2009 durch die Bombardierung auf Befehl der Bundeswehr. Die Provinzrätin Dr. Habibe Erfan widersprach der offiziellen Darstellung, die Opfer wären Taliban. Sie ging durch die betroffenen Dörfer, erstellte eine Liste der Opfer und belegte so das Ausmaß der ermordeten Zivilisten, darunter auch Kinder. Gemeinsam mit den Hinterbliebenen will sie die Bundesregierung auf gerechte Entschädigung verklagen. Als erste afghanische Zeugin wird sie am 28.10.2010 vor dem Kundus-Untersuchungsausschuss des Bundestages aussagen. Auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE geht Dr. Habibe Erfan auf Vortragsreise in Deutschland. Sie wird Auskunft geben über die Situation der Hinterbliebenen und Verletzten und ihre Sicht auf den Kriegseinsatz der Bundeswehr.

■ **Diskussion Karlsruhe: Keine Diskriminierung – Gleichberechtigung für alle**

Wie ist der Stand der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern? Wie weit ist die Gleichberechtigung von homosexuellen Menschen in Deutschland gediehen? Wie stellt sich die Partei DIE LINKE den Problemen der vielfältigen Diskriminierung? Es diskutieren:

- Dr. Barbara Höll, MdB, schwulen- und lesbenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag;
- Sabine Zürn, Stadträtin Karlsruhe, LAG Frauen;
- Christian Stähle, Stadtrat und Landtagskandidat Göppingen, LAG queer.

Moderation: Michael Fischer, Kandidat zur Landtagswahl, Wahlkreis Karlsruhe-West. Montag, den 15. November 2010 um 19.30 Uhr. Café Palaver, Gewerbehof, Steinstr. 23, 76133 Karlsruhe

■ **Angebote der Rosa Luxemburg Stiftung**

Rhetorik: Inhalte überzeugend präsentieren, politisch überzeugen.

Das Seminar kombiniert

Soziale Gerechtigkeit!
Millionäre zur Kasse
Stuttgart 21 stoppen

DIE LINKE.

Demonstration
13. November in Stuttgart

Beginn der Demonstration: 10.30 Uhr Lautenschlagerstraße
Beginn der Kundgebung: 12 Uhr Schlossplatz
Die Gewerkschaften organisieren Busse und Sonderzüge.

Die Gewerkschaften rufen in Baden-Württemberg zu einer landesweiten Demonstration auf. Zwischen dem 20. Oktober und dem 13. November finden weitere dezentrale und betriebliche Aktionen statt.
DIE LINKE unterstützt diese Aktionen und ruft zur aktiven Beteiligung auf.

Theorieelemente sowie praktische Übungen aus dem Feld der Rhetorik. Dabei wird besonderer Wert auf einen regen Austausch und interaktives Arbeiten innerhalb der Gruppe gelegt. 30. Oktober, 10–17 Uhr, **Karlsruhe**, Planwirtschaft, Werderstr. 28

Pressearbeit: Inhalte überzeugend kommunizieren, Öffentlichkeit herstellen.

Pressearbeit ist ein zentrales Element der Öffentlichkeitsarbeit. Sie unterliegt klaren Spielregeln, die man kennen muss und erfordert ein spezifisches Vorgehen, das man lernen kann. Das Seminar will mit Hilfe von konkreten Beispielen aus dem politischen Alltag und praktischen Übungen Hilfestellungen für eine erfolgreiche Pressearbeit geben. 27. November, 9–17 Uhr, **Mannheim**, Jugendkulturzentrum FORUM, Neckarpromenade 46. 4. Dezember, 9–17 Uhr, **Karlsruhe**, Planwirtschaft, Werderstr. 28. 11. Dezember, 9–17 Uhr, **Freiburg**, Fraktionsbüro LINKE LISTE – Solidarische Stadt, Greiffeneggstr. 2.

Kreative Aktionsformen: Inhalte auffallend darstellen, Ereignisse schaffen.

Welche Methoden und Mittel es gibt, politische Themen und Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen? Welche Aktionsformen gibt es – und was kann damit erreicht werden? 6. November, 10–17 Uhr, **Stuttgart**, Rosa Luxemburg Stiftung, Ludwigstr. 73a. 13. November, 10–17 Uhr, **Karlsruhe**, DGB-Haus, Ettlinger Str. 3a. Anmeldungen bis jeweils 1 Woche vor Beginn des Seminars an schlagel@rosalux.de; Tel. 0711-99797090; Fax – 91

■ **LAG Linke Unternehmer**

Für den 19. Oktober wurde nach Karlsruhe zur Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft Linke Unternehmer eingeladen. Zum Zeitpunkt der Herausgabe des Landesinfos gibt es die LAG schon. Wer uns unterstützen oder bei uns mitarbeiten möchte, meldet sich bei Volker Bohn Tel. Nr. 0151/14906528 e-mail volker.bohn@die-linke-heilbronn.de. Auch Nichtmitglieder sind willkommen.